



Jetzt aber naht sich das Malör,
Denn dies Getränke ist Likör.



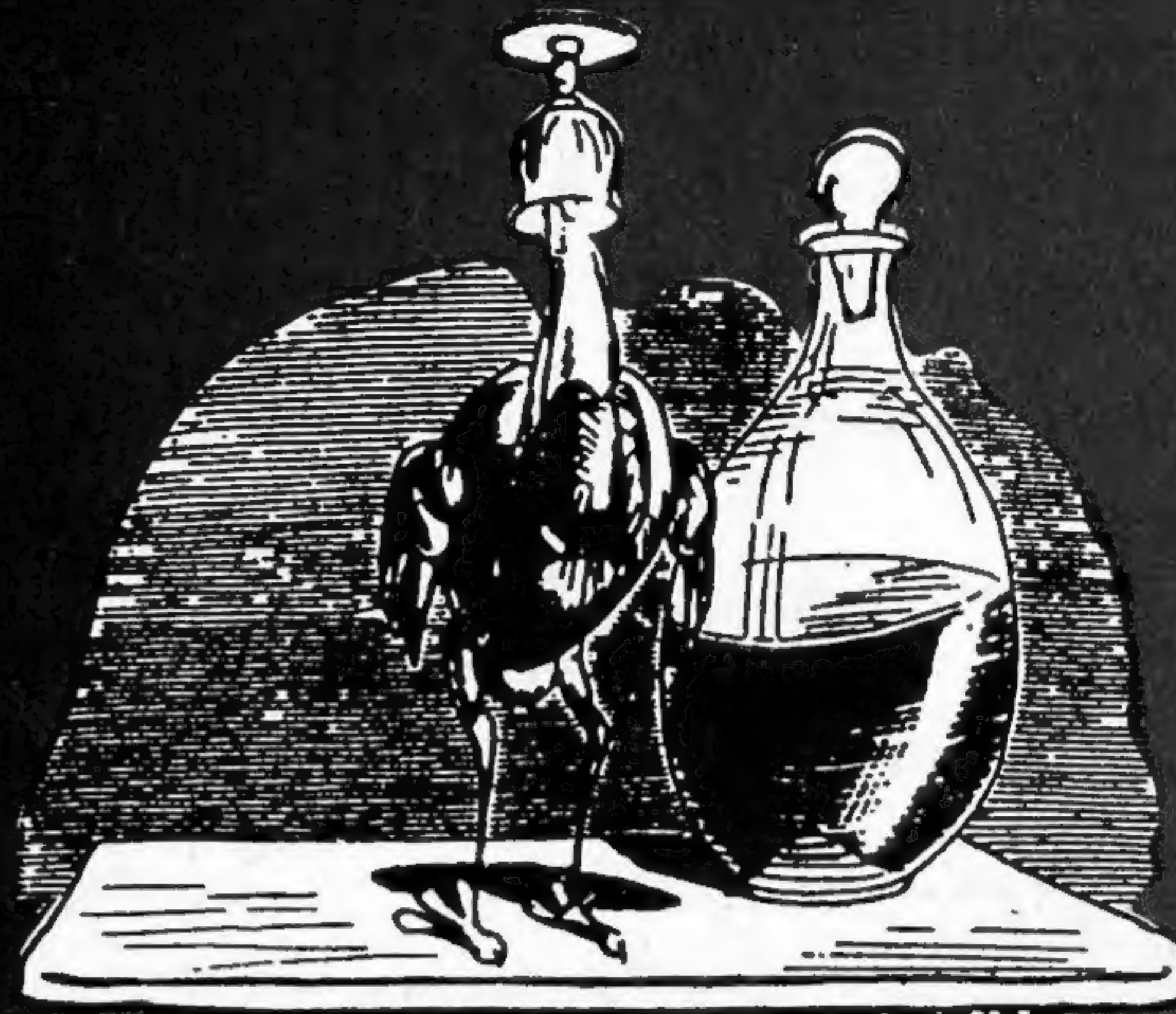
Es duftet süß — Malör
Taucht seinen Schnabel



Und läßt mit stillvergnügtem Sinnen
Den ersten Schluck hinunterrinnen.



Nicht übel! und er taucht schon wieder
Den Schnabel in die Tiefe nieder.



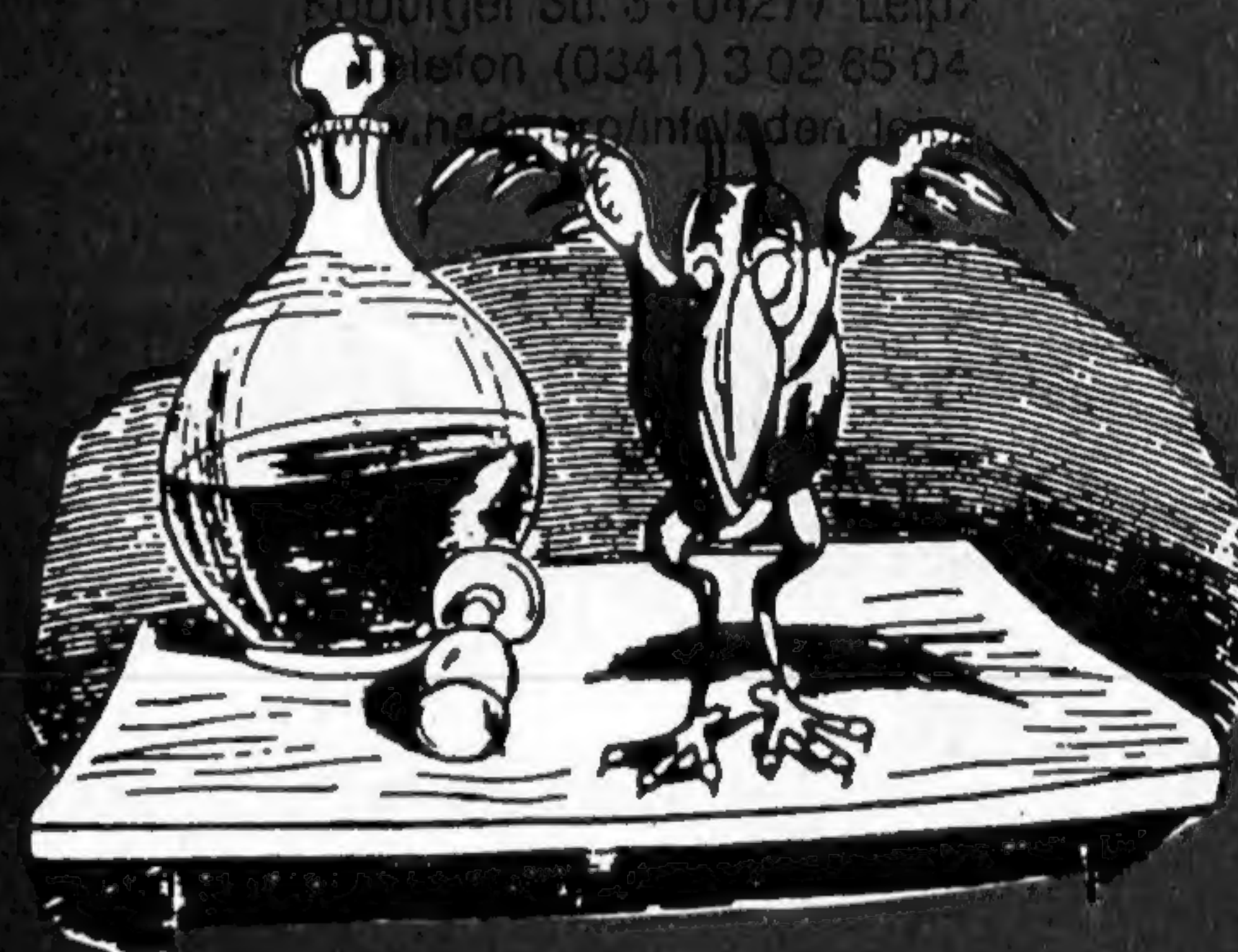
Er hebt das Glas und schlürft den Rest,
Weil er nicht gern was übrigläßt.

Infoladen

Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig

Telefon (0341) 3 02 65 04

www.netz.org/infoladen.html



Er, ei! ihm wird so wunderbar,
So leicht und doch absunderlich.



Er krächzt mit freudigem Getöse
Und muß auf einem Beine stehn.



INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts

Der Vogel, welcher sonst flieht, 2,50 DM
wird hier zu einem Tier, was krecht.

2 DM

Statt eines Vorworts

Die Selbstkritik hat viel für sich:
gesetzt den Fall, ich tadle mich,
so hab ich erstens den Gewinn,
daß ich so hübsch bescheiden bin.

Zum zweiten denken sich die Leut:
der Mensch ist lauter Redlichkeit. (#)
Auch schnapp ich drittens diesen Bissen
vorweg den andren Kritiküssen.

Und viertens hoff ich außerdem,
auf Widerspruch, der mir genehm.
So kommt am Ende denn heraus,
daß ich ein ganz famoses Haus.

W. Busch
(#) im Orig.=Mann



Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

- 3-9 Interview mit MigrantInnen aus Hoyerswerda (aus: Ruhrgebiets Info)
- 10-11 rassistischer Schulleiter in Berlin
- 12-15 ins rechte Licht gerückt : Plakataktion des Kinderschutzbundes zu sexuellem Mißbrauch
- 16-25 Organisationsdebatte x.-Teil
- 26 Räumung in Köln
- 27 Infos zur Spiegelbesetzung in Hannover/Knastkontakte
- 28-29 Infos aus Griechenland
- 30-31 Infos aus Moskau/Infos aus Hoyerswera
- 32 Antifa-Volksport
- 33 Anti-Atom-plenum lädt ein
- 34-35 Feste feiern, Filme gucken, Termine absitzen

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Ordnerliste

- Wir wollen Kurden sein und frei (Aktuelles und viel Historisches, 6 Seiten)
- Autonome Positionen zu Rassismus : ein Versuch (aus Neumünster, recht allgemein)
- Gewalt in der Schule; Eberts Danksagung
- Zur Situation der roma in Münster
- Erklärung von Flüchtlingen aus Norderstedt
- Infos zum Präsidialbüro II (Bonn)
- Diverse Demoaufrufe (zu spät!!!)
- Infos zum AJZ (Bielefeld)
- Bericht von der Tagung "Soziale Bewegungen..." in HH
- La hora de Espana oder wem die Stunde schlägt

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Hinweis :

La hora de Espana oder wem die Stunde schlägt ist trotz der Wichtigkeit und Aktualität des Inhalts im Ordner gelandet. Wir fanden den Versuch alle Inhalte, die im Moment im spanischen Staat im Zuge der Kampagne "Desenmascaremos el 92" - "Entlarven wir 92"- diskutiert werden, zusammen zu fassen gut. Leider haben sich in diesem Papier Ungenauigkeiten eingeschlichen (was die Zusammenfassung der nachfranquistischen spanischen geschichte, die -weil verkürzt?- falsche Darstellung der Reconquista angeht) und werden die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Punkten nicht deutlich genug. Trotzdem : Conquista, Olympiade in Barcelona, Repression in Euskadi, Weltausstellung in Sevilla sollen nicht unwidersprochen gefeiert bzw. weiterbetrieben werden !! Die Termine der Gegenkampagne im spanischen Staat, können auch im Ordner nachgelesen werden.

"Sie haben uns geschlagen. Wir gehen nach Hause, o.K.
Aber warte ab, ob es denen dann besser geht."

Aus Ruhrgebietsinfo Nr. 7

Interview in dem Arbeiterwohnheim in Hoyerswerda, das am 17. und 18.9.91 von Skinheads und Jugendlichen unter Beifall der Nachbarn angegriffen wurde. TeilnehmerIn dieses Gesprächs waren Ahmed (A), der seit August 91 im Koordinationskreis Mosambik arbeitet; Armando, Mosambikaner, der 9 Jahre in einem ostdeutschen Großbetrieb als Fleischer arbeitete und seit Oktober Ahmeds Mitarbeiter beim KKM ist; David Zacharias (DZ), der vor 12 Jahren aus der Provinz Nyassa nach Hoyerswerda kam und seitdem dort im Tagebergbau arbeitet; David Macau (DM), der ebenfalls vor 12 Jahren aus Maputo in die DDR kam und im Bergbau arbeitete; Eva(E), Soziologin aus Berlin mit langjähriger Afrikaerfahrung.

Das folgende Interview wurde am 14.10.91, also 6 Tage vor dem Rückflug der beiden Mosambikaner nach Maputo, gemacht.

A: Erzählt doch noch einmal die ganze Geschichte wie es zu den Angriffen auf euch am 17.9. gekommen ist.

DZ: Es fing damit an, daß vietnamesische Kollegen, die auf dem Markt Zigaretten verkauften, von den Skinheads angemacht wurden. Die Skins ließen ihren Hund los, damit er die Vietnamesen beißen sollte. Da haben die Vietnamesen den Hund mit einem Messer gestochen und die Skins wurden richtig böse. 9 Skinheads griffen 3 Vietnamesen an. Sie verfolgten sie bis zu diesem Wohnheim. Als sie ankamen, war schon Polizei da, 9 Männer. Die Vietnamesen flüchteten ins Haus und die Skins standen davor. Wir alle, Mosambikaner und Vietnamesen sind ins Haus gegangen und nach oben geflüchtet. Dann haben wir eine Stunde hier verbracht. Die Skins haben getanzt, Schnapsflaschen aufgemacht und getrunken und geschrien "Ausländer raus!" "Deutschland ist für die Deutschen" und so. Die Polizisten haben nur zugeschaut und später kamen immer mehr Zuschauer, bis alles hier voll war. Nach 1 1/2 Stunden haben sie angefangen, Steine gegen unsere Scheiben zu werfen. Wenn sie getroffen haben und die Scherben herunterfielen, haben die Zuschauer in die Hände geklatscht. Das hieß für uns "Jawoll, habt ihr richtig gemacht!" Und die Polizisten, die 12 Mann, die hier waren, haben sich nicht getraut die 9 Skinheads festzunehmen. Sie haben nur zugeguckt und als sie nach dem Kommando verlangt haben, hat es nochmal 2 Stunden gedauert, bis die gekommen sind. Als sie ankamen, haben sie schon gesehen, daß alles kaputt war und immer mehr Leute kamen. Es dauerte bis 22 Uhr bis das Kommando kam und die Krawalle aufhörten.

Am nächsten Tag fing das Gleiche um 15 Uhr an. Schüler waren dabei, nicht nur Skinheads. Kinder kamen in Begleitung ihrer Eltern. Die Eltern haben ihren Kinder die Steine gegeben und die Kinder haben die Steine in die Fensterscheiben geworfen. Und wenn die Scheiben herunterfielen, haben sie in die Hände geklatscht, die Eltern auch. Es gab nur ganz wenige Eltern, vielleicht 4 Familien, die ihre Kinder aus diesem Krawall herausgeholt und geschimpft haben. Aber ein Großteil war einverstanden mit dem Krawall.

Während wir die ganze Sache von oben betrachtet haben, haben wir uns gedacht, daß diese Krawalle nicht wegen der Ausländerfeindlichkeit angefangen haben, sondern wegen unserer schwarzen Haut. Zwar begann das Problem mit den Vietnamesen, aber es hieß dann, die Mosambikaner hätten die Skins provoziert. 4 Tage später kamen dieselben Skinheads zum Asylantenheim und haben dort weitergemacht. Als wir die Journalisten fragten, wer hat denn dort die Skinheads provoziert, wußten sie keine Antwort. Das ganze Problem und die Erfahrungen, die wir gesammelt haben, sind nicht von gestern auf heute entstanden. Das ist nicht nur Ausländerfeindlichkeit, das ist Rassismus, der sich zeigt. Die Leute haben uns aufgesucht, weil wir eine andere Hautfarbe haben und außerdem denken die, wir kommen aus den armen Ländern und wir genießen das Leben so wie die sog. "reichen Leute". Das paßte den Leuten aus Hoyerswerda nicht. Manche wußten ja gar nicht wie die Krawalle angefangen hatten, aber sie waren klar gegen uns.

Wir wohnen seit 1979 in Hoyerswerda und niemals hat die Regierung die Leute aufgeklärt, warum wir hierhergekommen sind. Sie hat gesagt, die Leute sind hergekommen wegen der Solidarität oder irgendetwas. Die Leute haben sich dann gedacht, wir leben von ihrer Solidarität und nicht von unserer Kraft, obwohl wir im Betrieb arbeiteten. Sie dachten wir leben davon, daß sie arbeiten und Abgaben für die Solidarität machen. Als wir Freundschaften schlossen mit einigen ausländischen Kollegen, die die Möglichkeit hatten, nach Westdeutschland zu reisen, um ein paar Sachen einzukaufen, dann hieß es für die Bevölkerung hier, wir hätten Devisen, obwohl das nicht stimmte. Auch wenn wir es ihnen mit unseren Abrechnungsscheinen beweisen wollten, war es dem Volk hier nicht zu erklären.

Für uns ist klar, daß das Problem nicht erst heute angefangen hat, sondern schon ewig besteht. Wenn die Polizei von Anfang an reagiert hätte, wie es sein sollte, dann hätten sich die Probleme nicht so entwickelt. Von Anfang an hat die Polizei die Leute veranlaßt zu sagen: "Wenn wir die Macht haben, haben wir recht und die anderen haben kein Recht." Dadurch haben die die Kraft gekriegt. Und heute, wenn die frei sind, denken die: "Jetzt sind wir frei und können machen, was wir wollen". Was war die Reaktion der Polizei? Sie haben zugekuckt. Als die mit Autos kamen und ganz nahe ans Wohnheim rollten, haben sich die Polizisten nicht gerührt. Wenn die den Kofferraum aufgeklappt hätten und mit Benzin ein Feuer gemacht hätten, hätte es kein Wohnheim mehr gegeben. Die Polizei hat zugekuckt. Und als das Kommando kam, haben sie gesehen, daß die Leute Stein herschmeißen, zugekuckt haben sie. Sie haben die Skinheads freigelassen und das war für uns eindeutig, daß die Leute mit solchen Sachen einverstanden sind. Am 2. Tag, dem Mittwoch, hat die Polizei 2 Stunden gebraucht bis sie kam. Wir mußten alleine kämpfen. Diese Jugendlichen haben mir gesagt, daß sie mich umbringen wollen, wenn ich allein bin. Sie wollen, daß jemand stirbt. Sie wollen die ganze Wohnung verbrennen. Wir haben keine Zeit mehr zu diskutieren. Wir müssen weg! Der Betrieb kann nicht mehr unsere Sicherheit garantieren. Auch die wollen uns so schnell wie möglich loswerden. Der Betrieb hatte noch einen anderen Plan: Die wollten uns in einen Bus stecken und in den Wald fahren. Wir haben das nicht gewollt. "Wir sind keine Gefangenen" haben wir gesagt. "Wir wollen uns frei bewegen. Wir haben doch keinen angegriffen".

E : Was sind die Motive der Skinheads, euch zu schlagen?

D.Z. : Die Skinheads haben keine Aussage. Die trinken und fühlen sich lustig und wollen alle attackieren. Die wollen ihren Spaß haben. Die greifen alle an. Unsere Probleme sind nicht nur die Skinheads, sondern die tragen sie nur nach außen. Viele sind gekauft, weil sie sowieso ausgesondert sind von der Gesellschaft. Sie wurden auf uns gelenkt, damit sie nicht jeden auf der Straße attackieren. Denk an die Krawalle, 9 Skinheads wären gar kein Problem gewesen, aber all die Leute, die sie unterstützt haben. Die Jugendlichen hören, was zu Hause geredet wird und wissen nicht, wie sie damit umgehen sollen. Die haben auch nirgendwo was zu sagen. Wenn die Kinder sich auf unsere Seite stellen, werden sie geschlagen. Die Kinder kriegen von ihren Eltern keine richtige Erziehung wie man mit Ausländern umgehen soll.

A : Gab es in der Vergangenheit noch andere Beispiele für Rassismus?

DZ: Immer wieder gab es Probleme. Zum Beispiel gab es Zeiten, da haben wir 12 Stunden im Tagebau gearbeitet von früh bis spät. Wenn wir dann aus dem Betrieb rauskamen, hatten wir keine Lust mehr zu kochen. Die Geschäfte waren ja auch zu. Wir wollten in die Gaststätte gehen, um was zu bestellen, was essen, danach schlafen, um am nächsten Tag wieder arbeiten zu gehen. Wir sind dorthin gegangen und haben uns angestellt, um einen Platz zu bekommen, wie es damals üblich war. Wir haben uns angestellt wie die anderen und auf den Aufruf vom Kellner gewartet, daß Plätze frei waren. Dann kam der Kellner, sah uns "das sind 3", aber dann ging er und verlangte 4 Plätze und gab die dann 4 Leuten, die hinter uns standen. Er verlangte extra 4 Plätze, damit er sie uns nicht geben mußte und man ihm nicht sagen konnte, er mache Rassentrennung u.s.w. So haben wir über 1 Stunde gewartet. Leute, die hinter uns standen, hatten schon Plätze, bis wir begriffen. Aber was können wir machen?

DM: 1982 wollte ich nach Karl-Marx-Stadt mit dem Zug fahren. Ich kam von Leipzig und mußte in Risa umsteigen. Ich bin ins Mitropa rein, weil es kalt war. Als ich die Tür aufmachte, kam der Kellner und hat mich rausgeschmissen. Weil ich nicht aus Risa war, wußte ich nicht, was dort los war. Erst kuckte ich hinter mich, weil ich dachte, der meint einen anderen. Aber dann hat er mich angegriffen: "Raus! Raus! Du darfst hier nicht sein!" Dann fragte

ich warum; aber er hat es mir nicht erklärt. Die anderen in der Gaststätte haben dazu nichts gesagt.

DZ: Manchmal passierte es, daß wir mit einer deutschen Familie am Tisch saßen. Dann wurde alles für die deutsche Familie serviert, alles, was die bestellt hatten. Und wir haben bloß zugekuckt. Die Kellnerin hat uns nicht gesehen. Wir haben uns selbst die Speisekarte geholt, was ausgesucht, was wir wollten und gewartet. Aber sie ist nicht gekommen. Dann versuchten wir ihr Bescheid zu sagen, was wir wollten. Entweder hat sie etwas Unfreundliches gesagt oder sie hat gar nicht reagiert, auch wenn wir 2-3 Stunden gegessen und gewartet haben.

E: Habt ihr auch in solchen Situationen gewehrt?

DZ: Am Anfang haben wir es versucht, aber dann als wir sahen, daß unsere Gruppe immer kleiner wurde, haben wir es sein gelassen. D.h. wer immer eine "große Schnauze" hatte, wie es so heißt, der mußte aus unserer Gruppe entfernt werden. Es hieß dann, der ist undiszipliniert, der macht viele Probleme. In jede Gaststätte, in die ergeht, bringt er Probleme rein. Man wollte aber nicht wissen, ob daß, was er sagte, stimmte oder nicht. Der hatte immer provoziert.

Ich hatte großen Hunger, ich wollte was essen. Keiner kuckte mich an. Ich saß am Tisch, sie kam nicht, sie machte nichts. Da mußte ich allein nach vorne gehen und Bier kaufen oder Limo. Vielleicht habe ich es gekriegt oder man sagte: "Setz dich wieder auf deinen Platz." Wieder hingesetzt. 3 Stunden vorbei, so, man konnte verrückt werden. Aber man hat überlegt: "Mein Gott, wenn ich hier jetzt was mache, dann muß ich morgen oder übermorgen nach Hause fliegen. Ach, ich gehe lieber in eine andere Gaststätte." In der anderen Gaststätte passierte dasselbe. So, wo konnten wir Hilfe herholen? Überall, ob bei der SED oder FDJ oder FDGB haben die uns nicht geglaubt. Bis wir ganz richtig und eindutig gesagt haben:

"Hier gibt es Apartheid". Da haben die von der SED ganz dumm gekuckt und geschimpft. Die wollten sogar unsere Namen aufschreiben und uns melden, weil wir gesagt haben, daß es Apartheid gibt. Wir haben es laufend gesagt, z.B. bei monatlichen Treffen, die wir organisiert hatten mit Vertretern der SED, des Betriebes und der Kommune, allen Plätzen, wo wir Ärger hatten. Wir haben dort erzählt, was in den Gaststätten passierte und daß es Apartheid gibt. Aber geändert hat das an der Situation nichts. Man hat uns gefragt: "Na, hast du dich verlaufen? Was hast du hier zu suchen?" Man hat schon gemerkt, was das für Leute waren. Aber wir konnten uns nicht wehren, weil das 4 Leute gegen einen waren, Man konnte uns umbringen.

Der Mai 90 oder September 91 waren für uns nichts Neues. Seit 1981 gab es Gruppen von Jugendlichen, 4 oder 5 Mann, die sind in die Gaststätten gegangen und haben auf uns gewartet. Entweder sie haben uns auf der Toilette geschlagen oder draußen. Wir sind bis zur Polizei gerannt und haben gemeldet, daß wir geschlagen worden sind. Die Polizei hat richtig das Blut und alles gesehen. "Ach, du bist besoffen. Geh schlafen, das machen wir morgen, wir kennen diese Leute" hieß das damals. Oder man gab uns alte Fotos

"Wer war es?" Und mit Blut und all dem mußten wir schnell suchen. "Ach so der, den kennen wir."

Wenn die betrunken waren, haben manche ihre vollen Biergläser auf unseren Kopf geschüttet. Das war noch in der Honecker-Zeit. Wenn jemand so naß ist, dann schämt er sich und reagiert. Aber wenn wir reagierten, dann hieß es nicht, wir seien angegriffen worden, sondern wir hätten die provoziert.

Wenn uns die deutschen Jugendlichen geschlagen haben und die Polizei kam und erkannte uns als Mosambikaner, dann hat die das Blaulicht angemacht, so daß die Jugendlichen Zeit hatten, wegzulaufen. Sie sagten, wir hätten diese Leute zusammengeschlagen. Wir wurden festgenommen und die wurden freigelassen.

Auch wenn wir im Betrieb oder bei unserem mosambikanischen Repräsentanten um Hilfe baten, passierte nichts. Immer hieß es: "Ach, die Mosambikaner waren betrunken". Es gab keine Probleme, wo es nicht hieß, wir wären betrunken. 3 Kollegen von uns sind ohne Zähne nach Hause geflogen. Wir haben die Sache zur Polizei weitergeleitet, aber die sagten, es gäbe keine Beweise. Probleme wurden nicht nach Tatsachen, sondern nach Farbe gelöst. Aber in dieser Zeit war es verboten, über das Problem mit der Farbe zu sprechen. Die haben uns gesagt, das Problem mit der Farbe oder dem Rassismus gibt es nicht mehr. Die ehemalige SED hat verboten, darüber zu sprechen.

Ob wir in der Gaststätte waren oder in der Disco, wenn wir reinkamen sagten sie: "Oh, Licht aus, ich sehe meinen Teller nicht mehr." Die haben gedacht, jetzt kommen die Schwarzen, jetzt wird alles dunkel hier. Wir haben es zwar verstanden, aber meistens nicht reagiert.

DM: Manchmal haben wir auch mitgemacht. Haben uns organisiert und sind in eine Gaststätte gegangen, haben was gegessen und gewartet, daß die Jugendlichen kommen. Haben vor der Gaststätte richtig was gemacht. Sind schnell nach Hause gelaufen und haben uns andere Sachen angezogen. Was passierte dann? Es sind laufend Polizisten ins Wohnheim gekommen mit Papieren. Alles wurde aufgeschrieben, die ganze Gruppe fotografiert und alles untersucht. Als Resultat sind 4 von uns ins Gefängnis gegangen. Für nichts. Von unserer Gruppe sind auch einige ins Gefängnis gegangen für nichts.

DZ: Von 81 bis jetzt hatten wir Angst, denn wir wollten schon etwas mitnehmen. Wir wollten nicht, daß unsere Familie in Mosambik hört: "Och, mein Gott, dein Sohn ist im Gefängnis". Die denken, ich habe jemanden umgebracht. Wenn ich dorthin komme, kann ich nicht zu meiner Familie gehen, sondern muß in eine andere Provinz gehen, wo ich meiner Familie fern bin. Die mir werden niemals glauben.

"Was hast du dort angerichtet, daß du im Gefängnis warst?" Ich werde versuchen zu sagen, das war Rassismus in einer Gaststätte und ich habe mich gewehrt. Wer kann das glauben, wo doch Sozialismus herrscht? Man hat ganz groß über Sozialismus gesprochen zuhause. Bei diesem Wort Sozialismus hat man geglaubt, es ist alles roger, ist alles in Ordnung, es gibt keine Probleme. Also, auch zuhause hat uns keiner geglaubt. Nee, sowas gibt es nicht.

Heute ist für uns fast alles zu spät. Uns hat keiner unsere Rechte und die richtige Linie gezeigt. Wir waren ganz klein, fast nie zu sehen. Jetzt ist es zu spät.

E : Wie war die Situation im Betrieb? Gab es da Kollegen, die zu euch hielten?

D.M. :Es gab einige, die mit uns waren und die gesehen haben, was mit uns passierte. Wir hatten Freunde unter den deutschen Kollegen, die ihre Kraft für uns gegeben haben. Aber gegen die Polizei offen zu sprechen, haben sie sich nicht getraut. Damals hatte man Angst, einzugreifen. In der Zeit, in der was passierte, wurde etwas geredet, aber nach und nach war es dann egal. Wir haben auch die SED oder den FDGB angesprochen, aber die sagten nur: "Ach, das sind Leute, die im Gefängnis waren". Wenn wir unter uns waren, dann haben sie versucht, den großen Boss zu spielen: "Mit diesen Leuten muß man das und das machen!" und so. Aber dann in der großen Versammlung konnte man richtig merken, daß sie nichts sagen wollten. Das war eine harte Zeit für uns.

DZ: Unsere Ausbildung als Stahlbauschlosser war gut, auch wenn wir unbeliebte Arbeitsplätze und Schichten zugewiesen bekamen. Wir haben uns auch durch unsere Meinung und unsere Kritik gewehrt. Zum Beispiel wenn ich eine Woche lang eine Dreckarbeit machen mußte, dann habe ich die zwei oder drei Tage gemacht und gekuckt. Und wenn kein Deutscher die mitmachte, dann habe ich zum Meister gesagt, ich mache das nicht mehr. Der mußte dann überall anrufen: "Der Schwarze will nicht mehr arbeiten". Damals gab es viele Papiere für die Disziplin und so. Dann mußte es eine Aussprache geben und man hat Fingerchen gezeigt und ich habe gesagt, was ich wollte.

DM: Manchmal gab es eine Schlägerei im Betrieb zwischen dem Meister und mir. Manche von uns sind geschlagen worden, wenn sie sich weigerten, bestimmte Arbeiten zu machen. Der Meister hat um sich geguckt und zack! Dann gab es eine Aussprache oder manche haben zurückgehauen. Nicht direkt im Betrieb, sondern nach der Arbeit im Bus. Da war der kein Meister mehr und der andere hat ihn geschlagen. Dann wurde im Betrieb diskutiert. Der Mosambikaner sollte nach Hause geschickt werden, aber wir haben verlangt, daß der Betrieb den richtigen Grund schreibt, wie es dazu gekommen ist. Der Betrieb konnte das nicht schreiben, weil der Zusammenhang mit Rassismus nicht aufgeschrieben werden durfte. Der Meister hat gesagt: "Du kommst aus dem Busch, du kennst das nicht." Wir haben gesagt, das muß alles in den Bericht rein und unser Gruppenleiter sagte, er unterschreibt den Bericht sonst nicht. Da wurde der Junge in eine andere Abteilung versetzt, weg von seinem Meister. Da klappte es gut. Da hatte er keine Probleme mehr.

DZ: Aber mit den Abrechnungen hatten wir immer Probleme. Jedesmal wenn es um Geld ging, mußten wir diskutieren. Jedesmal hatte der

Computer Probleme mit unserer Farbe. Immer hat der Computer uns vergessen oder sich verrechnet. An wen sollten wir uns wenden? Im Betrieb waren sich alle einig, der Direktor, der Personaldirektor oder der Betriebsrat. Wenn wir unsere Forderungen stellten, sagten sie, wir schädigen den Betrieb. Keiner hat für uns gesprochen.

E: Gab es eigentlich auch Frauen, die aus Mosambik herkamen?

DZ: Ja, vor allem von 79-83. 83 hatten wir eine, 85 waren es 5. Sie lernten Elektriker und Maschinisten.

A: Gab es Fälle, in denen die Frauen schwanger wurden?

DZ: Ja, die wurden gleich nach Hause geschickt. Die anderen wurden durchgezogen bis 83, dann mußten die nach Hause fliegen. Am Anfang war es verboten, daß die Mädchen die Pille kriegen. Unsere Regierung hat das im Abkommen gewollt. Für die Frauen gab es keine Verhütungsmittel. Alle Frauen sind nach Hause zurückgeführt worden und so haben sie alle intelligenten Frauen verloren. Sie mußten zurück um nichts. Uns wurde vorgeworfen, daß wir unsere Frauen nur als Instrumente benutzen.

E: Es gab doch die freie Abtreibung in der DDR.

DZ: Das war ein Geheimnis, wir sollten davon nichts wissen. Einige haben es ganz geheim gemacht, aber es durfte niemand wissen, weil sie sonst sofort wegfliegen mußten. Man hat es schon gemacht, aber die Betreuer durften nichts davon wissen.

A: Ihr arbeitet jetzt schon 12 Jahre im Kohlebergbau hier. Welches Bild hattet ihr von der DDR bevor ihr herkam?

DM: Damals gab es schon 30 Jahre Sozialismus. Als man mir Filme gezeigt hat von großen Betrieben in Magdeburg von sozialistischen Brigaden dachte ich, na ja, alle Deutschen sind sympatisch. Alle haben Erfahrungen mit allen Menschen zu leben. Wenn dort schon 30 Jahre Sozialismus ist, dann werde ich alles bekommen, was mein Wunsch ist. Mein Wunsch war, einen Beruf theoretisch und praktisch zu erlernen. Das hat der Betrieb gemacht, das kann ich mit Sicherheit sagen. Wir sind gut ausgebildet worden. Von 1979 bis 86 hatten wir Schule, da haben wir gut gelernt.

DZ: Am Anfang waren wir wenige, nur 5 Gruppen. Erst 80 wurden wir mehr. Am Anfang haben die uns vieles gezeigt, Museen und so. Viel über die deutsche Geschichte. Wir haben gemeinsame Wochenenden mit deutschen Studenten verbracht wegen Freundschaft uns so. Wir haben uns am Wochenende getroffen in Weimar oder Berlin. Aber am Anfang konnten wir die Sprache noch nicht und es hat nicht so gut geklappt.

Als wir die Sprache dann konnten, wurde nichts mehr organisiert. 1983/4 war das zuende. Es hieß dann: "Du kannst die Sprache. Im Urlaub kannst du zum FDGB gehen und der zeigt dir, wo du hinfahren

kannst." Aber das war schwierig, weil wir keine Familie haben. Weil die Familien als erste Plätze bekamen, konnten wir uns nichts mehr auswählen. Zu dieser Zeit waren 16 000 Mosambikaner in der DDR und da habe ich Freunde besucht. Blieb immer 2-3 Tage und fuhr dann zum nächsten. Nachdem der FDGB unsere Wünsche nicht erfüllte, wollten wir keinen Beitrag mehr bezahlen. Da gab es viele Diskussionen, weil viele von uns ausgetreten sind. Das brachte neue Probleme mit der SED und dem FDJ, weil die alle zusammenhingen. Man hat uns dann nicht mehr zu Feierlichkeiten eingeladen, aber das war uns egal.

A : Wenn ihr die Zeit vergleicht vor der Wende und nach der Wende, hat sich da was in eurem Leben verändert?

DZ: In der Honnecker-Zeit hatten wir bei solchen Problemen, wie wir sie angeschnitten haben, keine Rechte. Es gab keine Stelle, wo wir sowas diskutieren konnten. Wenn ich heute Fehler im Betrieb sehe, kann ich darüber diskutieren und kann mich beschweren, was es damals nicht gab.

Wenn die Leute die Freiheit richtig begriffen hätten, dann könnten wir sagen, heutzutage wäre der richtige Moment für Menschlichkeit. Aber die Leute wissen überhaupt nicht, wo vorne und hinten ist. Einige, die uns heiß machen, haben ihre eigenen sozialen Probleme nicht gelöst. Wenn man mit Problemen anfängt und es wird besser, dann vergißt man die Probleme später. Aber bei uns fing es mit Kleinigkeiten an, dann kam die Freiheit, dann die Anschläge. Das ist ein Schock, den ich nicht vergessen kann.

Wenn ich nach Hause komme kann ich über einige gute Leute erzählen, aber dieser Schlag bleibt in meinem Herzen und schmerzt und niemand von uns wird es vergessen.

Ich verstehe, daß die Probleme haben, z.B. wenn in einer Familie Mutter und Vater arbeitslos werden und die nicht mehr wissen wie sie ihre Kinder ernähren sollen. Aber die müssen ihre Probleme anders lösen. Sie haben uns geschlagen, wir gehen nach Hause, OK. Aber warte ab, ob es denen dann besser geht.

Das ist eine Tradition in Deutschland. Wenn es Probleme gibt, dann versucht man die durch die Ausländer zu lösen. Das ist nicht nur heute so, daß war schon gestern so.

E : Mit wem hattet ihr Kontakt in all den Jahren?

DM : Mit den anderen Ausländern hier im Wohnheim kamen wir gut klar. Die Polen waren unsere Freunde, wir nannten uns gegenseitig "Schwager". "Ach, da kommt mein Schwager" sagte man, wenn man sich in der Stadt traf. Mit den Vietnamesen gab es erst Meinungsverschiedenheiten, aber die haben wir in einigen Treffen besprochen und dann ging es besser.

Im Betrieb hatten wir guten Kontakt mit den Kollegen. Wenn du zusammen arbeitest, sieht man die Farbe nicht mehr. Aber wenn wir die Kollegen in der Stadt trafen, haben die uns nicht mehr begrüßt, sondern weggeguckt. Manche hatten Mut und sprachen mit uns und nannten uns mit unseren Spitznamen.

Einige deutsche Familien hatten Kontakt mit uns. Für manche Familien sind die Krawalle peinlich. Sie schämen sich und entschuldigen sich bei uns.

In der Stadt hatten wir keine Kontakte. Wenn wir in die Disco reinkamen, haben wir kaum getanzt. Die Mädchen wollten nicht mit uns tanzen. Sie sagten nein oder tanzten einen Tanz mit uns.

Wir haben dann selber einen kleinen Club hier im Wohnheim gegründet, wo wir uns Freitag abend und Sonntag nachmittags trafen, Musik hörten, miteinander sprachen. Aber der war ganz klein, für 20-30 Leute vielleicht, obwohl manchmal auch 50-60 da waren. Da durfte jeder rein, egal wie er aussah. Natürlich haben sich die deutschen Nachbarn hier im Block beschwert. Das war Tradition in allen Wohnheimen. Du hast nur draußen gestanden und dich unterhalten, das war schon zu laut.

Nach der Wende haben wir viel lautere Musik gemacht als vorher. Vorher hatten wir kleine Radios, aber nach der Wende kauften wir uns alle Anlagen von 1000 Watt. Da haben sich Nachbarn wegen der lauten Musik beschwert.

Die Bevölkerung wollte uns loswerden, damals und heute. Es gab schon vor der Wende Versammlungen, wo es hieß, die Mosambikaner müssen weg, die nehmen uns die Frauen weg oder die kaufen unsere Läden leer.

Den Vorwurf, daß wir Wohnungen und Arbeitsplätze wegnehmen, hören wir erst jetzt, nach der Wende. Dabei sind doch viele Gastarbeiter schon weg und die Wohnheime sind leer. Geht es den Deutschen dafür besser?

E : Habt ihr schon Pläne, was ihr machen wollt, wenn ihr nach Mosambik zurückkehrt?

D.M. : Ja, aber das wird nicht klappen, denn das Geld wird nicht reichen. Ich wollte eine kleine Werkstatt aufmachen für Autoreparaturen, Lackieren u.s.w. Mein Bruder ist Automechaniker und wir haben immer zusammengearbeitet. Das war Glück, daß ich Schlosser lernen konnte. Ein paar Maschinen wie Schweißmaschinen habe ich schon gekauft und im Mai rübergeschickt. Sind auch angekommen.

A : War das dein Traum als du nach Deutschland gingst, eine Ausbildung und Geld zu bekommen, um damit zuhause eine Werkstatt aufzumachen?

D.M. : Während des Sozialismus hatte ich die Idee von einer kleiner Werkstatt nicht, weil es da nicht möglich war. Damals wollte ich was anderes. Ich wollte eine Wohnung, die ich mit einem Kühlschrank und so einrichten wollte. Aber dann habe ich in der DDR die Preise gesehen und da mußte ich meine Ideen streichen. Ein Kühlschrank kostete 2000 Mark, ein Farbfernseher 6000 Mark. 4 Jahre Arbeit waren nicht genug, um einen Kühlschrank zu kaufen, da habe ich meine Verträge immer um 2 Jahre verlängert. Zwischendurch war ich zweimal auf Urlaub, 83 und 89. Das war schön, ich sah meine Familie und sie erzählten, was passierte. Ich hatte mein Transfergeld und konnte was zu essen und was für meine

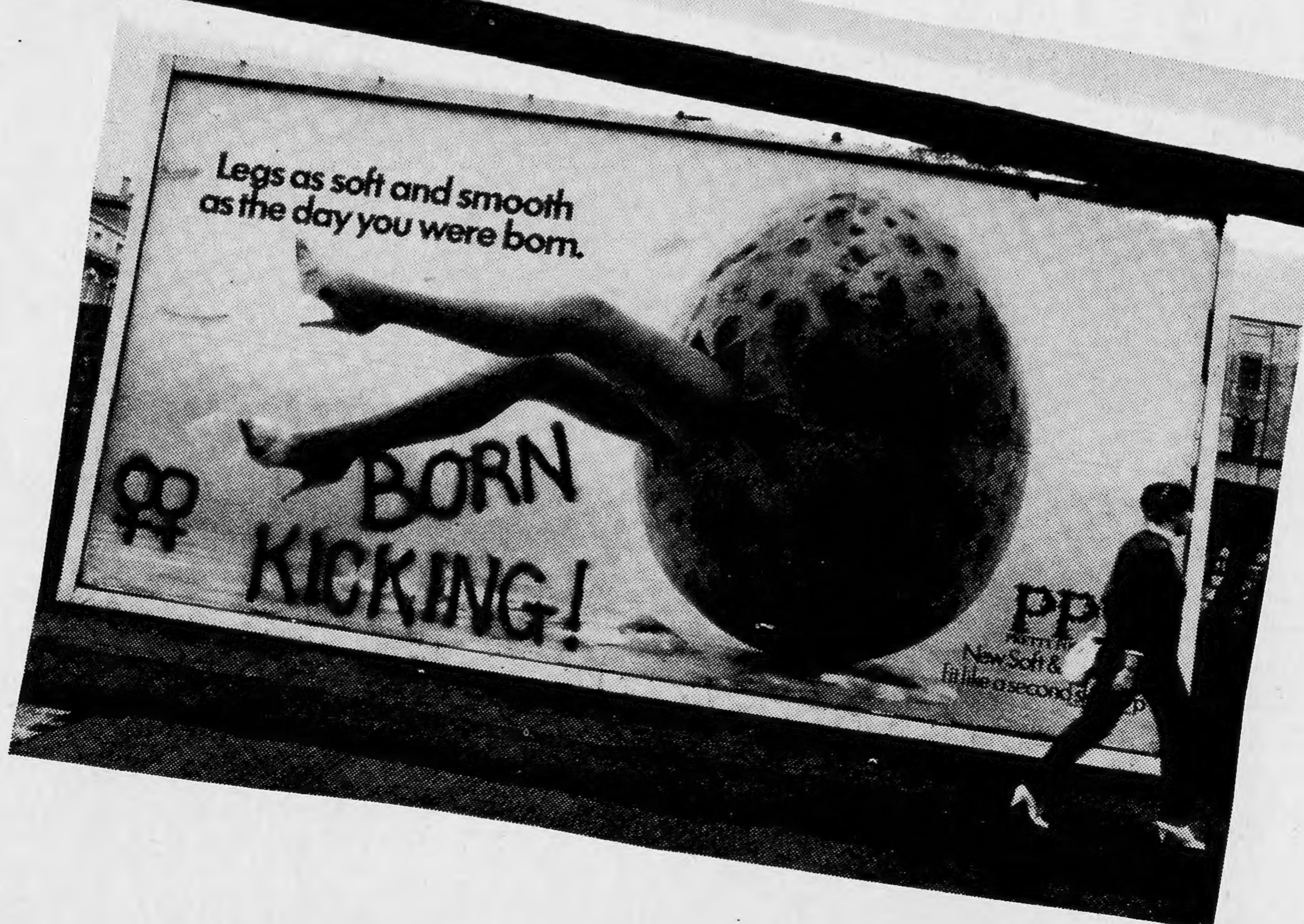
Familie kaufen. Jetzt wird es viel schwieriger, denn jetzt muß ich etwas unternehmen. Was mache ich nach 3 oder 4 Monaten, wenn das Transfergeld alle ist? Werde ich anders heißen? Bin ich nach 12 Jahren in einem anderen Land ein Fremder in meiner Heimat? Alle meine alten Freunde haben jetzt Familie. Muß ich mir neue Freunde suchen?

D.Z.: Ich habe Pläne in zwei Richtungen: ich habe eine Maismühle gekauft, um damit Getreide von meiner Familie und den Verwandten zu mahlen. Hoffentlich kommt sie zuhause an. Ich wohne in der Provinz Nyassa am Lake Malawi. Ich habe auch 6 Nähmaschinen gekauft, um eine kleine Nähstube aufzumachen mit Verwandten. Bei uns herrscht auch große Arbeitslosigkeit. Wenn alles gut läuft, will ich mit meinem Cousin einen Kredit bei der Bank beantragen und einen Bus oder LKW kaufen, um Transporte zu machen. Dann bist du zwar nicht mehr zu Hause, weil du dauernd rumfährst, aber es kommt Geld rein.

A : Gibt es eine Feier, bevor ihr am Sonntag losfliegt?

D.M.: Nein, es gibt nichts, kein Fest vom Betrieb. Der Betrieb ist unser Vater und wir haben unsere ganze Kraft dagelassen, aber es gibt keine Verabschiedung. Als wir die Möbel aus unseren Räumen einpacken wollten, haben sie gesagt, es geht nicht. Einen Tag nachdem wir unsere Container verschlossen haben, kam ein großer Müllwagen und hat die Möbel abgeholt. Das hat uns sehr geschmerzt. 12 Jahre haben wir dem Betrieb unsere Kraft gegeben und jetzt schmeißen sie die Möbel lieber auf den Müll als sie uns zu geben. Und eine Verabschiedung gibt es auch nicht, man ist froh, uns loszuwerden.

Das Interview wurde von Ahmed Farah und Eva Engelhardt geführt.



Betrifft: Hansjörg Ebert, Schulleiter der Hermann-Hollerith-Berufsschule, Florastraße 13 in Berlin 41
Leserbrief an den Tagesspiegel vom 3.12.1991, Danksagung an das Kollegium

Den Täter zum Opfer gemacht

Rassistische Vorfälle in der Schule bleiben (bisher) ohne Konsequenzen für die Täter

Am 25. November 1991 kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen einem Schüler einer Berufsschule und dessen Direktor, in deren Verlauf es zu einer Körperverletzung kam.

Nachdem dem Schüler ein mehrtägiger Auschluß vom Unterricht erteilt wurde, suchte dieser den Direktor zu einer Unterredung auf. Der Direktor verweigerte auf diskriminierende Art und Weise dieses Gespräch. Daraufhin kam es zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung, bei der Ebert durch Stichwunden verletzt wurde. Dieser Vorfall wurde noch nicht vor Gericht geklärt.

Dennoch hatte dieser Vorfall bereits Konsequenzen:

Der Schüler sitzt in der Jugendhaftanstalt Plötzensee, der Direktor kocht seine private rassistische Hetzkampagne im Namen der Schule, die er von Amts wegen repräsentiert.

In seiner 'Danksagung' an sein Kollegium (siehe Anlage) sowie in einem Leserbrief an den Tagesspiegel diffamiert und beleidigt er Teile der Schülerschaft und politische Gegner:

Hansjörg Ebert sieht sich einer Verschwörung 'rauschgiftsüchtiger und bewaffneter Schüler' ausgesetzt. Diese sind seiner Ansicht nach angeleitet von 'Asozialen und Scheinasylanten', unterstützt von 'linken Schlaffis und liberalen Scheißern' in der Verwaltung.

Die Lösung seiner Privatprobleme sieht er in 'polizeiangeleiteten Bürgerwehren', die die Schulen vor 'asozialen Berufsjugendlichen' schützen sollen.

Tatsache ist, daß Ebert, der sich jahrelang in der freiwilligen Polizeireserve betätigt hat, wohl lieber mit 'Fußtritten ins Gesicht' (Zitat Ebert, siehe Anlage). argumentieren würde als mit Worten.

Völlig alleingelassen fühlt er sich dabei von den in 'gepanzerten Dienstwagen fahrenden politischen Schönrednern' der Parlamente. Er plädiert aus diesem Grund für eine bewaffnete rechte Volksmiliz. Sein Schreiben verstehen wir als ersten Schritt zu einer Mobilisierung in diese Richtung.

Der Angriff des Schülers mit türkischem Paß ist eine Folge der sich über Jahre aufgestauten Vorfälle an dieser Schule, deren Ursache der von Ebert praktizierte alltägliche Rassismus ist, und paßt in den gesellschaftlichen Kontext, in der 'ausländische' Mitmenschen immer wieder Opfer nationalchauvinistischer Verfolgung sind. Viele dieser Menschen sehen sich täglich einer akuten Bedrohung ausgesetzt. Betrachtet man diese Zusammenhänge, so entsteht ein gänzlich anderes Bild als das von Ebert gezeichnete rassistische Szenario.

Wir meinen: Es reicht! Ebert muß abtreten. Und zwar sofort.

Darüberhinaus fordern wir die Entlassung von Cem Bilgin aus der Untersuchungshaft. Ursachen und Folgen dürfen nicht vertauscht werden!

'Den reißenden Fluß nennen sie gewalttätig, nicht aber das Flußbett, das ihn einengt.'

* Ordner

Leserbrief

Bürgerwehr? Freiwillige Polizeireserve! (Tagesspiegel vom 3.12.91)

Die Kriminalität explodiert in dieser Stadt. Die Polizei ist oft überfordert. Die Angst hat große Teile der Bürgerschaft erfaßt. Sozialhilfe für Scheinasylanten, Minimalstrafen und liberaler Strafvollzug locken zu Tausenden polnische Autoschieber, türkische Rauschgifthändler, jugoslawische Wohnungseinbrecher, albanische Hütchenspieler und zigeunernde Taschendiebe über die offenen Grenzen.

Dagegen hilft keine private Schutzgarde. Unbewaffnete Wachleute mit Maulkorbhunden können Sicherheit nur vortäuschen. Es werden gut ausgebildete, einsatzfreudige und bewaffnete Bürger gebraucht, die unter Leitung von Polizeiprofis die Gesetze zum Schutze des Volkes durchsetzen. Deshalb muß die Polizeireserve verstärkt werden. Das Gewaltmonopol muß beim Staate bleiben, die Polizei muß aber bezahlbar bleiben.

Wenn nicht endlich die gesetzliche Ordnung wieder hergestellt wird, werden viele an der Demokratie verzweifeln und Extremisten hinterherlaufen. Sonst werden die Flaternvertretungen die Rauschgifthändler vor den Schulen totschiagen, wie das in Spanien passiert.

Fine Bürgerwehr brauchen wir außerdem. Sie muß mit juristischen, politischen und publizistischen Mitteln die Wahlbeamten bekämpfen; die als Schreibtischtäter die Anwendung der vorhandenen Schutzvorschriften sabotieren, die als liberale Scheißer und alternative Softies arbeitsscheuen Hausbesetzern die Wohnungen überlassen, stat sie jungen Familien mit Dringlichkeitsschein zu geben, die während des Irakkrieges irregeleitete Schülerhorden unter Leitung antiame-rikanischer und antisemitischer Berufsjugendlicher andere Schulen stürmen ließen, die mit Kleinkindern demonstrierenden Kitatanten nicht kündigen und Busfahrern während des wildes Streiks Lohn zahlen. Wer den Rechtsstaat so untergräbt, muß abgewählt werden!

Die Bürgerwehr muß Lehrern helfen, die von Schulaufsichtsbeamten demoralisiert werden, wenn sie die große Mehrheit der normalen Schüler vor asozialen Jugendlichen schützen wollen. Sie muß Stadträte vor die Öffentlichkeit zerren, die Lehrer zum Schuleschwänzen verleiten, indem sie unkontrolliert Dienstbefreiung für Personalversammlungen während der Unterrichtszeit gewähren. Sie muß Disziplinarverfahren gegen Schulleiter beantragen, die Straftaten ignorieren oder vertuschen, weil sie Angst um den Ruf der Schule haben, statt Strafanzeige zu erstatten und Zeugen zu ermutigen.

Wir alle müssen den Opfern helfen, gegen die Täter als Zeugen aussagen und die Schönredner mit ihren gepanzerten Dienstwagen abwählen, die hier von multikultureller Gesellschaft schwärmen und die multikriminelle zulassen. Hansjörg Ebert, Schulleiter

Hallo

Alle Gruppen und Organisationen sollen öffentlichkeitswirksam protestieren, z.B. bei Eberts Vorgesetzten (s.u.) oder sonstige, ihnen geeignet erscheinende Maßnahmen ergreifen.

Senator für Schulwesen Tel. 30 32 0
1/19 Bredtschneiderstr. 5

Volksbildungsstadtrat Steglitz Tel. 79 04 1
1/41 Schloßstr. 80

Hansjörg Ebert
1/42 Kaiserkorso 3 Tel. 785 81 15



Wir wehren uns!

Da tobt der Protest seit Monaten — hilft nix: den Verursachern ist dies lediglich einen Rundbrief an die „sehr geehrten Damen“ wert. Sie machen weiter. Bis Jahresende werden deutsche Zeitschriften gratis eine ebenfalls gratis von der Frankfurter Werbeagentur Lintas für den „Kinderschutzbund“ entworfene Anzeigenkampagne weiter veröffentlichen, in der es um sexuellen Mißbrauch von Kindern geht. Die massive Kritik, hier würden weniger die Interessen der Opfer vertreten und mehr die der Täter, scheint den Kinderschutzbund nicht zu verunsichern.

Auf die Emma-Anfrage, wann denn die umstrittene Kampagne gestoppt würde, antwortete die Pressesprecherin des Kinderschutzbundes, Karin Wichert-Dreyer, verwundert: Stoppen? Warum denn das? Und die verantwortliche Fachreferentin Katharina Abelman-Vollmer schreibt den sturmlaufenden Selbsthilfe- und Beratungsgruppen: sexueller Mißbrauch sei „eine problematische Beziehung im sozialen Nahraum“ und kein Straftatbestand. Und Gisela Oestreich, die neue Vorsitzende des Verbandes, schweigt dazu. Emma veröffentlicht darum jetzt Auszüge aus den Protesten, die uns seit August dieses Jahres quasi täglich erreichen — zuletzt eine „echte“ Gegenkampagne“ in Wort und Bild, entworfen von der Berliner „Selbsthilfegruppe Inzest-Überlebender“, in der sich neun Frauen zusammengesetzt haben. Elke, eine von ihnen: „Unsere Wut über die Anzeigen ist so groß, daß wir etwas tun wollten.“ Heraus kamen die Anzeigen, die wir rechts und auf den nächsten Seiten veröffentlichen: „Schreien statt schweigen!“

Eine Analyse der Kinderschutz-

bund-Kampagne erreichte uns aus „Wiesbaden“. „Wildwasser Wiesbaden“ gibt es seit 1986, dort beraten vier hauptamtliche Kräfte Inzest-Opfer und ihre Mütter. Ein Schwerpunkt liegt momentan in der „Kleinkinder-Therapie“: Das sind Mädchen zwischen drei und acht Jahren, die von ihren Vätern vergewaltigt wurden. Im Protestbrief von „Wildwasser“-Mitarbeiterin Rosemarie Steinhage, Verfasserin des Buches „Sexueller Mißbrauch an Mädchen“, heißt es unter anderem:

Die Texte „Papis Liebe tut ihr weh“ und „Onkel Pauls Bonbons sind süß, seine Liebe ist bitter“ suggerieren den LeserInnen, bei sexuellem Mißbrauch an Mädchen ginge es um Liebe. Das Wort Liebe steht nicht einmal in Anführungszeichen. Diese Verwirrung von Liebe und Gewalt wird fortgesetzt, indem erklärt wird: „Sie wird von ihm geliebt. Aber mehr als sie verkraften kann.“ Das ist grundsätzlich falsch. Unsere Gesellschaft und als Folge unsere Kinder kränken vielmehr daran, daß sie zu wenig Liebe bekommen; daß ihnen vieles als Liebe verkauft wird, was keine Liebe ist. Es handelt sich bei sexuellem Mißbrauch ja in den allerseltensten Fällen „nur“ darum, daß ein Vater seine kleine Tochter zum Beispiel an der Brust, Vulva und im Genitalbereich streichelt, um die Tochter und sich sexuell zu erregen. Sexueller Mißbrauch an Mädchen bedeutet zum Beispiel auch, daß Väter ihren Töchtern den erigierten Penis in den Mund stecken. Daß Väter mehrfach stoßen, um einen Samenerguß zu bekommen; der Samen ergießt sich natürlich im Mund des Mädchens, das nicht weiß, was da passiert und beinahe daran erstickt. Sexueller Mißbrauch heißt auch, daß Väter ihre große Zunge in den kleinen Mund ihrer Töchter stecken; daß sie ihre Töchter anal vergewaltigen; daß sie ihr Gegenstände oder den Finger in

die Scheide stecken; daß Mädchen die Väter manuell und oral befriedigen müssen. Das alles kann kein Mann mit Liebe an der Tochter verwechseln. — Eine Organisation, die selbst so unklar

lem mit „sexuellem Mißbrauch im ländlichen Raum“. „Nele“ schreibt unter anderem:

Es geht nicht darum, daß Erwachsene nicht gelernt haben, zwischen Zuneigung und sexuellem Verlangen zu unterscheiden, sondern darum, daß sie ihre Macht gegenüber Abhängigen ganz gezielt ausnutzen. Die Väter wollen ihren Töchtern wehtun, denn die Töchter sagen ihnen, daß es wehtut. Er mißbraucht seine Tochter und fügt ihr Schmerzen zu, und das



...is Schwanz tut ihr weh

Sabine hätte sich über Vatis Liebe mehr gefreut. Aber möglicherweise leidet Vati unter Verhaltensstörungen. Vati hat für seine Beschränktheit schon eine Menge Erfahrung. Sexuelle Erfahrung. Z.B. wie man seinen Schwanz in ein Kleinkind rammen kann, ohne daß es verblutet oder erstickt.
Toller Vati.
Möglicherweise wird Vati nie verstehen, warum die kleine, brave Sabine einmal böse auf ihn sein wird.
Armer Vati.
Wer Vati hilft ist uns egal. Vati hat in diesem Land eine große Lobby.
Viele hätten an Vatis Stelle genauso gehandelt.
Wir bedauern (mit Sabine, Moni, Marion, und Tom), daß bundesweit staatliche Gelder gestrichen werden, für Einrichtungen, die in erster Linie Opfern von sexueller Gewalt helfen.

Verklagen statt Schweigen

„Schreien statt schweigen“ heißt die Gegenkampagne

und ungenau ist, die nicht weiß, wo der Unterschied zwischen sexuellem Mißbrauch und Liebe ist, kann nicht helfen. Auch dann nicht, wenn sie es noch so gut meint.

Punkt für Punkt nahm auch „Nele“ die Anzeigen des Kinderschutzbundes auseinander.

„Nele“, die Saarbrücker „Beratung gegen sexuelle Ausbeutung von Mädchen“, arbeitet seit 1. Januar 1991 als „Modellprojekt“ und beschäftigt sich vor al-

ist keine Liebe! Das ist und bleibt Gewalt! Die Kampagne schadet sowohl den Opfern sexueller Gewalt als auch denjenigen, die in diesem Bereich arbeiten. Sie erschwert unsere Arbeit, da nun öffentlich erneut die Vorurteile geschürt werden, die wir zu bekämpfen suchen.

Das „Frauenhaus Bergstraße“ beherbergt seit Juni 1988 geschlagene und vergewaltigte Frauen und Mädchen. Dem Protestbrief der Bensheimerinnen,

aus dem wir im folgenden zitieren, schlossen sich alle hessischen Frauenhäuser an.

Gedeckt und geschützt werden die Täter durch eine Gesellschaft, die zu Gewalt gegen Mädchen und Frauen schweigt. Gedeckt und geschützt werden die Täter durch die Auffassung, daß sie die Mädchen „lieben“. Gedeckt werden die Täter durch die Behauptung, sie wollten dem Mädchen nicht wehtun. Geschützt werden die Täter, indem sie zu „Opfern“ gemacht wer-

Gewalt zu leugnen, den Täter zu entschuldigen und das Opfer weiter im unklaren darüber zu lassen, was ihm real geschehen ist. Damit wird kein Kind geschützt. Damit erhält kein Täter die Chance, durch Einsicht in seine Verhaltensweise zu lernen, damit wird das Problem nicht enttabuisiert, sondern weiter verschleiert.

Und auch die „große Schwester“, die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros, in der mehr als 800 Frauen-

hilfegruppen und informiert auf Plakatwänden und Ausstellungen über die sexuelle Gewalt an Mädchen. Die „Wildwasser“-Frauen schreiben:

Diese Kampagne ist tatsächlich, wie im Presse-Info des DKSB benannt, „zur sexuellen Ausbeutung von Kindern“ entwickelt. Mit sprachlichen und optischen Mitteln wird die sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Jungen fortgesetzt. Die Auslieferung und die Hilflosigkeit der betroffenen Mädchen und Jungen wird

phalen Auswirkungen für jedes weitere Leben, die Einschränkung und Verhinderung von Lebensenergie, die Gefühle von Haß, Wut, Trauer und Schmerz als Folge von sexueller Gewalt werden ignoriert.

Diese Kampagne schützt die Täter — das kritisiert auch der „Notruf Kiel“. Die Notruf-Frauen wissen, wovon sie reden, denn sie beraten seit 13 Jahren vergewaltigte Mädchen und Frauen, informieren in Schulklassen und



Lieb Tochterlein
magst
ruhig sein

Heimlichkeit und Macht
und Feigheit für das
stolze Vaterherz

Einsamkeit und Angst
und Krankheit
den Töchtern die Schuld,
die Qual und der Schmerz

Schreien statt Schweigen



Onkel Friedrich war
mein erstes Opfer

Bereits mit 4 Jahren habe ich ihn verführt und mißbraucht. Er wird vielleicht nie wieder zu einer normalen Partnerschaft fähig sein. Das bittere Gefühl, von einem Kleinkind sexuell benutzt worden zu sein, wird ihn sein Leben lang verfolgen. Möglicherweise wird er unter Depressionen und Verhaltensstörungen leiden. Die Gefahr, daß er später auch von seinen Enkelkindern angefallen und vergewaltigt wird, ist groß. Unsere Onkel brauchen Hilfe. Mein Onkel braucht Hilfe. Wir brauchen endlich einen Onkelschutzbund.

Schreien statt Schweigen

die neun Frauen aus der Berliner Selbsthilfegruppe der Inzest-Überlebenden gestartet haben.

den, die dringend Hilfe brauchen, da sie ja nichts Böses tun wollen, da sie für ihre Taten nicht können, da sie die Mädchen ja nur „lieben“.

Ähnlich argumentiert die Arbeitsgemeinschaft der Frauenbeauftragten in Rheinland-Pfalz. Täglich suchen Mädchen und Frauen, denen Gewalt angetan wurde, Rat bei diesen kommunalen Frauenbüros.

Gewalt als Liebe darzustellen dient dem Ziel, die Realität von

beauftragte von der Nordsee bis zum Bodensee zusammengeslossen sind, stört sich vor allem an diesem Punkt:

Es kommt der Gedanke, daß es dem Kinderschutzbund so geht wie dem mißbrauchenden Onkel Paul: Daß ihm nämlich „nie der Unterschied zwischen Zuneigung und Sexualität deutlich gemacht“ wurde.

„Wildwasser Darmstadt“ berät seit 1985 Inzest-Opfer, initiiert pro Jahr sechs bis sieben Selbst-

auf einmal umgekehrt zur Hilflosigkeit, dem Triebdruck des Täters, der nicht anders kann. Der Täter wird zum „Opfer“ gemacht, entschuldigt und ständig seiner Verantwortung enthoben. Jede Werbeeinheit, jedes Wort, jedes Foto, die ganze symbolische und klischeebezogene Sprache der Kampagne ist der Blick, die Sicht und die Sprache der Täter. Diese Kampagne bringt Betroffene erneut zum Schweigen. Die verlorene und zerstörte Kindheit, die katastro-

auf Polizeiwachen über Sexualgewalt und begleiten Gewaltopfer zum Gerichtsprozeß. Über die Behandlung der Frauen im Gerichtssaal schrieben die Kielerinnen gerade eine Studie. In ihrem Brief heißt es:

In dem Moment, in dem eine parteiliche Institution („Lobby für Kinder“) wie der Kinderschutzbund die Entkriminalisierung der Täter fordert, kann sie die gesetzlich verankerten Rechte der Kinder nicht mehr parteilich ver-

treten. Hilfsangebote können sich nicht gleichzeitig an Opfer und Täter richten. Das Risiko, als Täter kriminalisiert zu werden, geht jeder erwachsene Mensch ein, der bewußt allgemeingültiges Recht verletzt.

Als einen „Schlag ins Gesicht“ empfand auch IMMA, die Initiative für Münchener Mädchenarbeit, die Anzeigen des Kinderschutzbundes. IMMA München berät seit 1985 mißbrauchte Mädchen und initiiert Selbsthilfegruppen. Jeweils neun Mädchen, die vor ihren Vätern fliehen, finden kurzfristig bei IMMA Zuflucht. Seit 1. Oktober 1991 gibt es in München auch eine Wohngruppe, in der sechs Mädchen unterkommen können.

Die Kampagne ist für uns die Fortführung und Legitimierung des sexuellen Terrors, der täglich — überwiegend durch Männer — an Mädchen und auch an Jungen ausgeübt wird. Schlimm ist darüber hinaus, daß Menschen, die erst einmal glauben (müssen), was Sie ihnen vorsetzen, Geld für Ihre Organisation spenden werden und jene, die den Betroffenen helfen, nach wie vor in keinem Verhältnis dazu Unterstützung bekommen. Die Hilfe für die Täter verhindert die Hilfe für die Betroffenen!

Das stinkt auch den Frauen vom Mannheimer „Notruf und Beratung für sexuell mißhandelte Frauen und Mädchen“: Seit acht Jahren kümmern sich die Mannheimerinnen um Vergewaltigungs- und Inzest-Opfer, suchen eine Therapeutin, begleiten die Frauen zum Prozeß, initiieren Selbsthilfegruppen. Und dann kommt der Kinderschutzbund und tut so, als habe er das Thema entdeckt:

Bereits 1980 haben betroffene Frauen öffentlich über die Erfahrungen sexueller Gewalt, der sie als Kinder ausgesetzt waren, gesprochen. Sie waren es, die für sich den Anspruch erheben können, ein Tabu gebrochen zu haben. Diese Frauen wurden aktiv und gründeten Selbsthilfegruppen, sie entwickelten Angebote für betroffene Frauen und Mädchen, sie forderten Staat, Kommunen und Träger sozialer Einrichtungen auf, ihrerseits Maßnahmen gegen sexuelle Gewalt zu ergreifen und spezifische Beratungsstellen zu finanzieren. Diese zehnjährige Arbeit ignoriert der DKSB und ernannt sich selbst zum Tabu-Brecher, nach-



Vati war ihr erster Mann.

Der Blick des Täters — in der Anzeige des Kinderschutzbundes (oben). Der Blick des Opfers — (rechts).

Dies ist der Text auf dem Plakat des Kinderschutzbundes (oben).

Marion hat für ihre elf Jahre eine Menge Erfahrung, sexuelle Erfahrung. Denn ihr Vater mißbraucht sie seit mehreren Jahren sexuell. Wenn Marion älter wird wird sie vielleicht nie zu einer normalen Partnerschaft fähig sein. Das bittere Gefühl, sexuell mißbraucht worden zu sein, wird sie ein Leben lang begleiten. Möglicherweise wird sie unter Depressionen oder Verhaltensstörungen leiden. Die Gefahr, daß Marion auch später sexuell ausgenutzt wird, ist groß. Mädchen und Jungen wie Marion gibt es viele. Marions brauchen Hilfe. Marions Väter brauchen Hilfe. Ihre Hilfe. Und unsere Hilfe. Unsere Telefonnummer : 0511 660979 Rufen Sie uns an Deutscher Kinderschutzbund

dem die öffentliche Diskussion schon jahrelang geführt wird.

Schlimmer noch: Der Kinderschutzbund streitet den Mitarbeiterinnen in Frauenprojekten glatt die Kompetenz ab. So antwortet das „Kinderschutzzentrum Kiel“ auf den Protestbrief der Kieler Notrufgruppe: „Unserer Meinung nach verfügten Einrichtungen wie die Frauenhausberatungsstellen etc. bisher nicht über die erwähnten jahrelangen Erfahrungen und Fachkompetenzen zur Thematik sexueller Mißhandlung an Kindern in Familien.“

Doch die Mehrheit der Kinderschutzzentren — also den Zufluchtsstätten des Kinderschutzbundes vor Ort — ist empört über die Kampagne. „Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Kinderschutzzentren hat schwer-

wiegende fachliche Bedenken, sie trägt deshalb diese Kampagne nicht mit und fordert ihre sofortige Einstellung“, heißt es in einer Presseerklärung.

Doch was kümmert die Chefs in Hannover der Protest von Fachfrauen und das Aufmucken der eigenen Basis. Mit einem Formbrief antwortete die verantwortliche Fachreferentin Katharina Abelman-Vollmer den „sehr geehrten Damen“, unterstellte ihnen eine „statische Betrachtungsweise“, „verkürzte Erklärungsmodelle“ und eine „verkürzte Täter-Opfer-Perspektive“. Und die Zeitschriften, die diese, gelinde gesagt, problematischen Anzeigen abdruckten — und das auch noch gratis? Nur eine Zeitschrift hat aufgrund des

Protestes die Anzeigen abgesetzt: „Brigitte“. Und worauf warten die andern? Die haben es anscheinend gut gemeint, aber eben auch nicht gemerkt, daß das Ganze der Sache nicht dient, sondern ein Bumerang ist. Vielleicht ist so ein familienorientierter „Kinderschutzbund“ eine glaubwürdigere Adresse für die Medien-Konzerne als zum Beispiel die „Wildwasser“-Gruppen?

Dennoch: Es kann auch nicht im Interesse von „Frau im Spiegel“, „Eltern“, „Spiegel“ etc. sein, den Opfern und allen, die ihnen Tag für Tag zur Seite stehen, auch noch ins Gesicht zu schlagen. Wenn schon eine gute Tat der Männerpresse, dann in Zusammenarbeit mit den wirklich Kundigen, mit den Beratungsstellen, die seit Jahren mit In-

zestopfern arbeiten! Und nicht mit zwei, drei wildgewordenen Pressesprecherinnen und Fachreferentinnen, die keine Ahnung haben...

Und was den Kinderschutzbund angeht: da muß sich grundlegend was ändern — vor allem an der Spitze.

EMMA fordert:

Sofortigen Stop der Anzeigenkampagne!

Rücktritt der Vorsitzenden des Kinderschutzbundes, Gisela Oestreich, sowie der verantwortlichen Fachreferentin Katharina Abelmann-Vollmer und der Pressesprecherin Karin Wichert-Dreyer!

Mehr Geld für Notrufe, Wildwasser und Mädchenhäuser!



Bücher

Es gibt zur Zeit eine Flut von Büchern über sexuellen Mißbrauch. Hier eine Auswahl: **THEORIE:** Louise Desalvo: Virginia Woolf. Die Auswirkungen sexuellen Mißbrauchs auf ihr Leben und Werk (Kunstmann, 68 DM) ■ Susan Forward: Vergiftete Kindheit. Vom Mißbrauch elterlicher Macht (Bertelsmann, 39,80 DM) ■ Doris Janshen (Hg.): Sexuelle Gewalt (Zweitausendeins, 22 DM) ■ Alice Miller: Du sollst nicht merken (Suhrkamp, 14,00 DM) ■ Florence Rush: Das bestgehütete Geheimnis (Orlanda, 22,80 DM) ■ Ray Wyre/Antony Swift: Und bist Du nicht willig... Die Täter (Volksblatt, 19,80 DM) **PRAXIS: Sachbücher und Romane:** Ellen Bass/Laura Davis: Trotz allem. Wege zur Selbstheilung (Orlanda, 48 DM) ■ Gisela Braun: Ich sag Nein. Arbeitsmaterialien (Schulpraxis, 24 DM) ■ Truddi Chase: Aufschrei (Bastei Lübbe, 16,80 DM) ■ Liane Dirks: Die liebe Angst (Rowohlt, 6,80 DM) ■ Ursula Enders: Zart war ich, bitter war's (Kölnischer Volksblatt, 39,80 DM) ■ Sylvia Fraser: Meines Vaters Haus (Fischer, 12,80 DM) ■ Karen Lison/Carol Poston: Weiterleben nach dem Inzest (Fischer, 14,80 DM) ■ Betsy Petersen: Meines Vaters Tochter (Rowohlt, 29,80 DM) ■ Christiane Rochefort: Die Tür dahinten (Suhrkamp, 32 DM) ■ Flora Rheta Schreiber: Sybil (Fischer, 19,80 DM) ■ Rosemarie Steinhage: Sexueller Mißbrauch an Mädchen (Rowohlt, 8,80 DM) ■ Wildwasser Nürnberg: Juristischer Leitfaden für HelferInnen (Wildwasser, 8 DM) **FÜR MÄDCHEN:** Aase Abrahamson: Wie ein endloser Schrei (Arena, 16,80 DM) ■ Brigitte Blobel: Herzsprung (aare, 24,80) ■ Susanne Fülcher: Schattenmonster (Riedel, 17,80 DM) ■ Heide Glade-Hassenmüller: Gute Nacht Zuckerpüppchen (Georg Bitter, 24 DM) ■ Lee Hadley/Ann Irwin: Liebste Abby (Beltz, 17,80 DM) ■ Ellen Howard: Lilians Geheimnis (Ueberreuter, 19,80 DM) ■ Marion Mebes/Lydia Sandrock: Kein Küsschen auf Kommando/Kein Anfassen auf Kommando (Donna Vita, je 6,90 DM) ■ Deborah Moggach: Rot vor Scham (Rowohlt, 9,80 DM) ■ Margret Steenfatt: Nele. Ein Mädchen ist nicht zu gebrauchen (Rowohlt, 6,80 DM) ■ Weitere Literaturtipps stehen im „Donna Vita-Katalog“ (Marion Mebes, PF 117, W-1000 Berlin, 7,50 DM) und in der Broschüre „Du bist doch mein Vater!“ (Schwarzwurzel-Druck, Waldhoferstr. 11, 6900 Heidelberg-Wieblingen, 4 DM).



Gegen-Anzeige

Vati war mein erster Vergewaltiger

Für mein Alter habe ich eine ganze Menge Erfahrung. Erfahrung mit der Ignoranz, Blödheit, und Brutalität von Typen. Sexuelle Erfahrung eben. Als ich älter wurde, war ich zu normalen Partnerschaften durchaus in der Lage, was mann landläufig eben normal brutal nennt. Das Gefühl, benutzt worden zu sein, war dabei eher hilfreich, als störend.

Möglicherweise kann ich meine Depressionen und Verhaltensstörungen eines Tages wieder aufgeben. Ich bin immer noch in Gefahr sexuell benutzt und vergewaltigt zu werden, denn ich lebe immer noch in dieser Gesellschaft.

Frauen, wie ich gibt es viele (jede zweite Frau macht im Laufe ihres Lebens die Erfahrung sexueller Gewalt).

Frauen, wie ich brauchen kein scheinheiliges Mitleid, keine bevormundende Hilfe.

Männer, wie mein Vater gehören bestraft, nicht bemitleidet, ihre Taten beim Namen genannt, nicht verharmlost.

Schreien statt Schweigen



Neues aus dem Unterhaus: ORGANISIERUNGSDEBATTE

Eine Antwort im Speziellen auf das Organisationspapier der autonomen Antifa (M) aus Göttingen - und eine Erwiderung im Allgemeinen zur "Organisationsdebatte schlechthin"

bevor der anspruch der überschrift eingelöst wird - "antwort und erwidern" - entschuldigt sich der verfasser bei der geneigten leserin und dem geneigten leser für einen längeren historischen teil. in ihm wird dargelegt, wie sich - kurzgefaßt - die durchsetzung der bürgerlichen gesellschaft in deutschland darstellte (wobei etwas willkürlich als anfang die weimarer republik gewählt wurde), um dann - ebenfalls kurzgefaßt - zu betrachten, welche folgerungen daraus für eine "organisations"-debatte zu ziehen sind.

(für die, die an bestimmten textstellen die argumentation noch weiter nachvollziehen oder "weiter" lesen wollen, sind ab und zu anmerkungen angegeben, in denen beispiele für die benutzte literatur zu finden sind. für das verständnis des textes selbst sind sie nicht so wichtig...)



tendenzen in der weimarer republik

nach der niederlage im 1. weltkrieg und der niederschlagung der revolutionsversuche setzte sich in weimar der modernisierungsprozess der bürgerlichen gesellschaft fort - teilweise in kontinuierlichkeit zum kaiserreich, teilweise die verhältnisse im kaiserreich sprengend.

der prozess, in dem sich die bürgerliche gesellschaft durchsetzt(e) und von der fortschreitenden 'zerschlagung' kollektiver milieus zu im endeffekt atomisierten individuen fortschreitet, war in der weimarer republik an einem ganz bestimmten punkt, angelangt.

s. Interim 161

in der verfassung wurde das aktive und passive wahlrecht für frauen verankert - ein später erfolg der frauenwahlrechtsbewegung.

weibliche lohnarbeit (verkäuferinnen, sekretärinnen, industriearbeiterinnen) rückte mehr ins öffentliche bewußtsein, wobei zwei gegenläufige tendenzen sichtbar wurden: einerseits schaffte weibliche lohnarbeit freiräume - frauen wurden als rechtssubjekte anerkannt, hatten eigenes geld zur verfügung - andererseits wurde die weibliche arbeit aber "sofort" als "minderwertig" abqualifiziert, also auch schlechter bezahlt, und war meistens für die arbeiterinnen eh nur durchgangsstation auf dem weg zur gewünschten ehe.¹

es gab insgesamt einen "neuen" diskurs um "weiblichkeit": die alten "ritterlichen" moralvorstellungen des viktorianischen zeitalters - in denen frauen wie "kleine, dumme kinder" behandelt wurden, die zu "beschützen" waren - war schon länger einem erosionsprozess ausgesetzt gewesen. die ältere frauenbewegung hatte bereits zu einem größeren selbstbewußtsein vieler frauen geführt, allerdings um den preis größerer vereinzlung bzw. der auflösung traditioneller, weiblicher lebenszusammenhänge.²

so veränderte sich die alte patriarchale sphärentrennung - in männliche und weibliche gesellschaftsbereiche - da frauen in bisher männlich dominierte räume eindringen (die trennung der sphären wurde dadurch aber nicht aufgehoben, sondern nur "neu" definiert). im zuge der veränderungen änderten sich auch die sexuellen lebensgewohnheiten, was aber wiederum nicht hieß, daß ihr patriarchaler inhalt angegriffen wurde.³

im zuge der sexuellen liberalisierung bildete sich in den großen städten eine bedeutende schwule und lesbische und eine kulturelle (dadaismus, surrealismus) subkultur und lebensweise heraus.

diese prozesse kulminierten in der weimarer republik. sie waren real - aus heutiger sicht - aber keineswegs großartige schritte zur befreiung der frauen, wurden aber im bewußtsein der damaligen männlichen zeitgenossen als immense bedrohung empfunden.⁴

die arbeiterklasse, die sich 1914 als revolutionäre kraft verabschiedet hatte (wenn sie es denn je war), erlitt 1918/19 eine erneute niederlage und spaltete sich (obwohl sie in der verfassung zum ersten mal als gesellschaftliche kraft anerkannt wurde):

kpd, eine "neue" spd und eine vielfältige linksradikale "kultur" entstanden. die spaltung machte die arbeiterklasse "für sich" handlungsunfähig; nur in der defensive - als "hindernis" für weitere, notwendige, industrielle modernisierung in großem maßstab (à la usa zb) - war sie stark. die spaltung war nicht nur eine 'politische', sondern auch eine kulturelle: getrennt nach parteizugehörigkeit existierten verschiedene lebensuniversen innerhalb der "arbeiterklasse", wobei der abgrund zwischen ihnen (zumindest "offiziell") nur selten und in momenten durchbrochen wurde. größer noch war der abgrund zur bürgerlichen sphäre, zu der alle "proletarischen kulturen" überhaupt keine berührungspunkte hatten. allerdings wurden viele momente der bürgerlichen welt für die unterklassen zum erstrebenswerten ideal - zb die bürgerliche familie, die als gegenmodell zu den "ungeregelten" beziehungen der unterklassen (kostgänger, besuchsehen....) idealisiert wurde, um "ausschweifungen" zu verhindern (was im klartext nur hieß, neu entstandene sexuelle freiheiten der proletarischen frauen patriarchal neu einzudämmen).

in beiden proletarischen lebensuniversen gab es keine autonome organisierung von frauen - frauenpolitik wurde nur insofern geduldet, als sie den von männern definierten zielen nicht zuwiderlief - wie in der kpd.⁵

die politisch-"revolutionäre" landschaft war also in sich zersplittert:

es existierte eine von der kpd als "bürgerlich" denunzierte frauenbewegung; es gab die spd, die sich schon zur "volkspartei" mauserte und trotzdem noch eine bestimmte form von arbeiter-alltagskultur unter ihrem dach integrierte; und es gab die kpd, die sich auf einen bestimmten teil der arbeiterklasse stützte, das ebenfalls durch eine gemeinsame alltagsorganisation untereinander verbunden war (dazu gehörten allerdings meist nicht die ehedamen bzw. freundinnen der organisierten arbeiter und arbeitslosen).⁶

"quer" dazu gab es die proletarische frauenbewegung, die sich aufgrund übereinstimmender gesellschaftsanalyse größtenteils in den arbeiterparteien organisierte, manchmal aber auch mit der "bürgerlichen" frauenbewegung zusammen arbeitete.

die basis der kpd war zumeist männlich, heterosexuell, weiß (nicht-jüdisch) und "antikapitalistisch" eingestellt - und war "revolutionär" eben nur in dem sinn, daß sie ein 'objektives' hindernis für die konkurrenzfähigkeit des deutschen kapitals darstellte. alle anderen -

antipatriarchalen, anti-antisemitischen und antikapitalistischen - strömungen wurden von der kpd oft als "bürgerlich" und im schlimmsten fall als "konterrevolutionär" denunziert (was bald die liquidation nahelegte...).

es gab also kaum nennenswerte versuche, die historisch und aktuell verschiedenen unterdrückungsverhältnisse (patriarchale, rassistische, antisemitische, ökonomische) als facetten eines zusammenhangs zu verstehen. auf proletarischer seite blieb die unterdrückung nach geschlecht immer ein "nebenwiderspruch", der sich nach der angestrebten revolution von "selbst" lösen sollte, so daß sich viele frauen nicht in der kpd organisierten, da dort im endeffekt nur ein aspekt weiblicher unterdrückung thema war: lohnarbeit von frauen.⁷ ebensowenig setzte die kpd dem völkisch-antisemitischen denken etwas entgegen - im gegenteil, mit rücksicht darauf (das "völkische" wurde manchmal sogar gelobt) wurden jüdische kommunisten nicht mehr ins zk gewählt. antisemitismus wurde nur insofern thematisiert, als er als "antikapitalismus der verblendeten" verstanden und deshalb auch nicht bekämpft wurde, denn das hätte heißen, die eigene "potentiell revolutionäre" basis infrage zu stellen, in der das völkische und nationale denken durchaus verbreitet war. antisemitismus wurde so auch nur als "nebenwiderspruch" begriffen, und nicht als historisch gewachsenes, "eigenes" unterdrückungsverhältnis.^{8A}

ähnlich eingeschränkt war die "bürgerliche frauenbewegung, die sich um weiblich-ökonomische unterdrückung gar nicht kümmerte - und wenn sie es denn tat, dann oft nur unter einem konzept von fürsorge für die armen.⁹

die bürgerliche gesellschaft bedrohend war allerdings nicht die existenz einer partei wie der kpd (im gegenteil, die bolschewiki wurden zum garanten einer nachholenden modernisierung in der udssr); ebensowenig wie die existenz anderer linker strömungen.

hinderlich hingegen war die existenz von "homogenen" teilen der bevölkerung, die die gleichen "antikapitalistischen", "über"-individuellen werte teilten, die einer modernisierung (scheinbar) entgegenstanden - übrigens ebenso hinderlich wie die existenz konservativer, reaktionärer... bevölkerungsteile, die eine modernisierung genauso behinderten.

die organisationen der arbeiterbewegung waren reflex auf die vereinzelung der freien lohnarbeiter-rechtssubjekte, aber ihre "revolutionäre" theorie war eher nach "rückwärts".

gerichtet, da sie die arbeiter-kollektive zu erhalten versuchte (und selbst noch die vergangene "einheit der klasse" ideologisierte) - praxis und theorie, also auch organisationsformen, waren deshalb der damaligen zeit schon nicht mehr angepaßt, da sie die veränderungen der bürgerlichen gesellschaft (im gegensatz zur frauenbewegung) kaum mitreflektierten. da die arbeiterklasse in der deutschen "atmosphäre" nicht selbst zum träger der modernisierung werden konnte wie in der udssr, war sie ein objektives hindernis für die modernisierung, das im weiteren prozess auf irgend eine art und weise "beseitigt" werden mußte.

die frauenbewegung war reflex auf und bedingung für den modernisierungsprozess:

einerseits bekämpfte sie die auswirkungen des prozesses, andererseits versuchte sie, die ergebnisse für sich zu wenden, wurde so aber zu einer gesellschaftlichen kraft, die die modernisierung selbst mit vorantrieb, da sie nicht über die patriarchal-bürgerliche gesellschaft hinauszudenken vermochte (trotzdem wurden die veränderungen, die patriarchale herrschaftsverhältnisse betrafen, von den männern so betrachtet, als ob sie das system infrage stellen würden¹⁰, obwohl diese veränderungen doch eher als anpassung an die "modernerer" verhältnisse betrachtet werden müssen).



im zusammenhang damit muß kurz die "globale" situation der deutschen gesellschaft betrachtet werden, die wiederum ein ganz spezifisches produkt deutscher entwicklung war:

die nachholende entwicklung des deutschen kapitals ohne gelungene bürgerliche revolution, die im 1. weltkrieg eine niederlage erlitt, mußte sich in der weimarer republik beschleunigen, um konkurrenzfähig zu bleiben. außenpolitisch wurde das durch die innerimperialistischen konkurrenten mithilfe der versailer verträge und durch den drohenden export der revolution aus der udssr behindert.

in der weimarer republik - und besonders an ihrem ende - wurde die situation explosiv, da die modernisierung im rahmen der damaligen bedingungen an ihre grenzen stieß und die widersprüchlichkeit der "einzelprozesse" krass zutage trat:

einerseits krisenhafte steigerung der produktion mit arbeitslosigkeit und inflation, und, auf gesellschaftlicher ebene, verbürgerlichung und vereinzelnung und "transformation" des geschlechterverhältnisses.

andererseits die in der defensive feste bastion der arbeitbewegung, die von den männern als systemsprengend empfundene frauenbewegung und die imperialistische konkurrenz.

die widersprüchlichkeit war natürlich nicht nur auf gesellschaftlicher ebene sichtbar: ihre historischen und aktuellen spuren steckten ebenso - als reflex auf und bedingung für die widersprüchlichkeit an der gesellschaftlichen oberfläche - tief in der psyché jedes einzelnen menschen. das drückte sich im spezifisch deutschen, völkisch-antisemitischen denken und bewußtsein aus, das immer weitere teile der gesellschaft durchdrang und bestimmte und für weite teile der (nicht-proletarischen) bevölkerung konstitutiv wurde. sie steckte genauso in den köpfen (aller!) männer, was sich im rigorosen frauenhass vieler männer und in ihrer reaktion auf die frauenbewegung widerspiegelte - nicht nur bei den freikorps-soldaten und faschos, sondern auch bei vielen proletariern.¹¹

nationalsozialismus und modernisierung

die widersprüchlichkeit, die hindernisse auf dem weg der modernisierung bzw. der weiteren durchsetzung der bürgerlichen gesellschaft versuchten die nazis mit "rücksicht" auf die spezifisch deutschen bedingungen zu beseitigen: wie bei alexander dem großen und dem gordischen knoten bestand ihre lösung in purer gewalt.

terroristisch - zerschlugen - sie die proletarischen organisationen - kulturelle wie politische - und ließen die einzelnen arbeitInnen so in "moderner" vereinzlung zurück¹². ebenso zerschlugen sie die frauenbewegung(en) und ließen "mütter" zurück (erst ende der sechziger jahre war die stellung der frau wieder der in der weimarer republik

vergleichbar) - nach ihrer disziplinierung wurden die frauen allerdings auch wieder als arbeiterrinnen gebraucht¹³. im endeffekt zerschlugen sie alles, was sich (organisiert) gegen die kapitalistisch-heterosexuell-familiär ausgerichtete bürgerliche gesellschaft richtete - wobei die nazis allerdings nur das fortführten, was schon in den letzten jahren der weimarer republik eingeleitet wurde, ohne auf den widerstand aller "bedrohten" kollektive zu stoßen.¹⁴

der sich auf ein breites völkisch-antisemitisches und frauenfeindliches bewußtsein stützende nazi-terror produzierte eine "karikatur" einer modernen bürgerlichen gesellschaft:

eine durch terror individualisierte, in der die zur bürgerlichen vereinzlung "gehörende" individuelle freiheit völlig fehlte - und die diese vereinzlung in der rhetorik der "volksgemeinschaft" leugnete. der völkische antisemitismus, der sich zum völkermord steigerte, bildete den notwendigen gesellschaftlichen und individuellen kitt für die psychische entlastung der atomisierten individuen, die gegenüber dem projektiven feind ihre "gemeinschaft" sich einbildeten - diese einbildung materialisierte sich in massenritualen und in der "volks"-rhetorik. der projektive feind waren die jüdischen menschen, die in einer geplanten aktion ausgelöscht wurden. aber "natürlich" erforderte es die logik eines projektiven feindes, daß letztendlich alle, die außerhalb der selbstdefinierten "volksgemeinschaft" standen oder gestellt wurden, vernichtet werden sollten - roma und sinti, schwule (und lesben), "faule", polInnen und russInnen und natürlich linke gerieten ebenfalls in großer anzahl in die für jüdische menschen konzipierte vernichtungsmaschinerie.

frauen- und arbeiterbewegung wurden nicht einfach nur zerschlagen. ihre "konservativen" elemente wie 'stolz auf die eigene arbeit' oder 'weibliche bestimmung' wurden - mit "zustimmung" der einzelindividuen - aus dem theoretischen gesamtzusammenhang "gelöst" und nutzbringend für die modernisierung gewendet. die tatsache, daß die revolutionären bewegungen und die ihnen zugehörigen individuen nicht über ihre eigenen bedingungen hinaus denken konnten, führte so dazu, daß einige ihrer zentralen gesichtspunkte im völkischen bewußtsein aufgehen konnten - u.a. wurde "stolz auf eigene arbeit" zu "arbeit macht frei", u.a. wurde "weibliche bestimmung" im mutterkreuz sichtbar gemacht. die revolutionären strömungen konnten sich nicht dagegen wehren, da die völkischen parolen der bewußtseinslage vieler männer und frauen entsprachen, die vorher selbst "linken" bzw. feministischen parolen nur nachgelaufen waren.¹⁵

diese archaisch-hypermoderne nazi-gesellschaft setzte mit dem terror eine auf kosten der innerimperialistischen konkurrenten und der eigenen, abhängigen bevölkerung (exzessive außenverschuldung bis zur schuldentilgung durch krieg, absolute ausbeutung bis zur vernichtung durch arbeit und "biologisierung" der frauen als "mütter") einen industriellen modernisierungsschub in verbindung mit bevölkerungspolitisch-rassistischen maßnahmen durch, der seinesgleichen sucht.¹⁶

oberflächlich gesehen, scheiterte die forciert-terroristische modernisierung der nazis am ende des 2. weltkriegs mit der niederlage nazi-deutschlands.

allerdings könnte das nazistische system - aus heutiger perspektive - auch so betrachtet werden, daß es die Grundlagen für die gelungene nachkriegsmodernisierung bis zur weltmacht brd gelegt hat, ohne die nichts gegangen wäre - indem die nazis die voraussetzungen für eine moderne bürgerliche gesellschaft schufen (die sich deshalb auch von anderen modernen bürgerlichen gesellschaften unterscheiden muß, die sich evolutionär, d.h. ohne faschismus, entwickeln konnten).



was heißt das für heute

alle politisch-kulturellen "kollektive", die in der vornazistischen zeit potentiell "revolutionär" waren und zumeist unverbunden nebeneinander standen, wurden unwiderruflich zerschlagen. sie werden nicht wieder neu entstehen, da die inzwischen erfolgte verbürgerlichung der gesellschaft samt ihrer fortgeschrittenen atomisierung der individuen die basis für diese "kollektive" zerstört hat: es gibt sie nicht mehr, die "über"-individuellen werte, die unabhängig von persönlicher subjektivität breite kreise der bevölkerung unter einem dach vereinen könnten. jede beziehung ist zu einer warenbeziehung geworden, was impliziert, das der einzige "über"-individuelle wert, der heutzutage menschen objektiv einander "nahe" bringt, der wert selbst ist: geld.¹⁷ jeder bezug auf die geschichte muß die sich verändert habende form der bürgerlichen gesellschaft mitdenken - muß also ein historisch-kritischer sein. jeder kritiklose bezug auf vergangenes - auf z.b. die kpd oder die "alte" frauenbewegung - kann nur falsch sein, da die objektive und subjektive basis einfach nicht mehr existiert.

wenn es heute um "organisierung" geht, kann es also nicht darum gehen, ein wie auch immer geartetes organisationsschema der kpd wie auch immer verändert zu übernehmen; ganz abgesehen davon, daß selbst schon die organisationsformen der kpd in ihrer zeit nicht auf der "höhe der zeit" waren, da die kpd ihre basis - einen teil der arbeiterklasse und einen noch kleineren teil, wenn er ins verhältnis zu allen "unterdrückten" gesetzt wird - zum "revolutionären subjekt" schlechthin stilisierte.¹⁸

daß die durchsetzung der bürgerlichen gesellschaft ein prozess der individualisierung der einzelnen ist und daß dieser prozess "vorbürgerliche" (patriarchale, fremdenfeindliche, religiöse...) herrschaftsstrukturen aufnimmt und auf neuer stufe weiter entwickelt, blieb der kommunistischen arbeiterbewegung seit jeher verborgen¹⁹ (ob die kpd das in ihrer zeit erkennen konnte oder nur den objektiven einschränkungen der bürgerlichen gesellschaft ihrer zeit selbst unterlag, ist eine andere frage).

die kpd wurde deshalb damals zu einer bastion weißer - arbeitender und arbeitsloser - männer, die gegen ihren "feind" auf ihrem "spezifischen terrain" kämpften. das reichte schon damals natürlich nicht zur umwälzung der kapitalistischen gesellschaft hin zur kommunistischen - und heute erst recht nicht.

der vorschlag der antifa (m) [aus göttingen] zur "organisierung" - mit linie, statut und mitgliedschaft - kann so nur (positiv gesehen) romantischer reflex auf vergangene "einheit" (die ideologisiert werden muß, da sie keine war), auf vergangenes "revolutionäres bewußtsein" sein, da die materiellen, gesellschaftlichen bedingungen, die diese organisationsstruktur einmal scheinbar "gerechtfertigt" haben mögen, heute durch die entwicklung des spätkapitalistische patriarchat längst (in den metropolen) zerschlagen worden sind. der bezug auf diese organisationsstruktur zeigt aber ebenfalls, daß sie die revolutionären kämpfe in der weimarer republik außerhalb der kpd nicht sieht - und daß sie für die heutige zeit ein entsprechend eingeschränktes Gesichtsfeld hat:

der aufruf zur "einheit" denunziert alle kämpfe außerhalb des von ihr selbst gesteckten rahmens, indem er sie nicht als etwas (notwendig von ihr) getrenntes wahrnimmt und akzeptiert.

vielleicht verkennt die autonome antifa (m) in ihrem vorschlag zur organisierung selbst den grad an atomisierung der individuen, der sich über die von den nazis geschaffenen voraussetzungen in der deutschen gesellschaft entwickelt hat - eine verständliche projektion, da das erkennen des seins hinter dem schein abgrundtiefe konsequenzen bereithält:

"wir sind die tauben tierchen im glas oder die toten fliegen im bernstein - wahrscheinlich wird es kämpfe geben, die ohne ziel sein werden. denn indem das individuum seiner unendlichen einsamkeit inne wird, schleift es an den abgründen bourgeoiser trauer die waffen des eigenen grauens zu gnadenloser solidarität" (michael wildenhain; die blanke haut der stadt).



die trauer und das grauen, die dem und der einzelnen inzwischen ständiger wegbegleiter sind, sind erst einmal zu erkennen und in ihrer unterschiedlichkeit festzustellen - was nicht nur ein abstrakt-theoretischer prozess sein kann (wie ihr es vorschlagt), sondern ebenso ein "persönlicher", in dem in jeder alltagssituation der versuch unternommen wird, die warenförmig-patriarchalen beziehungen der menschen untereinander zu überwinden und so das grauen und die trauer kollektiv zu bekämpfen, und in dem das grauen und die trauer an die abstrakte theorie angebunden wird. das wird ein prozess sein, der nicht so organisiert werden kann, wie es im vorschlag der antifa (m) anklingt, da er unmöglich "vereinheitlicht" werden kann. denn der widerspruch zwischen theorie und alltag, zwischen theoretischer orientierungslosigkeit und alltagsgrauen, ist nur - in der dialektischen aufhebung der dichotomie persönlich/abstrakt - zu verstehen und (vielleicht) "revolutionär" wendbar - ohne linie.



ein organisationsvorschlag, der objektive herrschaftsstrukturen untereinander nicht wahrnimmt und so "differenzen" untereinander gar nicht erkennen kann, leugnet das individuell, nach geschlecht, nach hautfarbe, nach sexueller ausrichtung und nach abweichung von der gesellschaftlich bestimmten "normalität" je verschiedene grauen. er schiebt das grauen und die trauer ins "privatpersönliche" ab, obwohl genau durch diese abschiebung die patriarchale, bürgerliche gesellschaft mitkonstituiert wird. so wird eine organisation nie kämpfe bündeln oder ziellosigkeit überwinden können, denn der grund für die ziellosigkeit kann gar nicht verstanden werden, da er dem ziel der organisation widerspricht: es gibt inzwischen so viele ziele wie atomisierte individuen.

es muß hinter die projektion geschaut werden: die organisation ist nicht dadurch wertvoll, daß sie da ist - nichts anderes bedeutet die propagierte unterwerfung unter eine "linie" und "statuten". so eine organisation mit linie wäre nur bewußtloser reflex auf die vereinzlung, da sie die vereinzlung in einer tendenziell entindividualisierten "organisation" aufheben will: ein reflex, der die geschichte zurückdrehen will.

HAN SOLO



- 1 K.v.Soden, M. Schmidt: Neue Frauen, Elefantpress 1991, S. 25
- 2 L.Barrow u.a.: Nichts als Unterdrückung, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1991, S. 143ff
- 3 A. Kuhn u.a.: Frauenkörper, Medizin, Sexualität, Schwann, Düsseldorf 1986, S. 159 - 286
- G. Mosse: Nationalismus und Sexualität, Rowohlt 1987
- 4 K. Theweleit: Männerphantasien Bd. 1 + 2, Rowohlt 1982
- W.F.Haug: Faschisierung des Subjekts, Argument AS 80, 1987, S. 126 - 142
- 5 S. Kontos: Die Partei kämpft wie ein Mann, Stroemfeld/Roter Stern
- 6 siehe 3; und Radikal 139, S. 98 und 138/2, S. 7
- 7 siehe 5
- 8 Konkret 1/91, S. 44 und G.Mosse: German Socialists and the Jewish Question in Weimar Republic, in: Year Book of the Leo Baeck Institute 1971
- 8a Adorno/Horkheimer: Dialektik der Aufklärung, Fischer 1989, S. 177 (Neuauflage)
- 9 R. Kurz: Der Kollaps der Modernisierung, Eichborn, Frankfurt 1991
- 10 H. Berl: Die Männerbewegung, Kairos Verlag, Karlsruhe 1931
- 11 G. Mosse: Die völkische Revolution, Athäneum, Frankfurt 1991
- 12 D. Peukert: Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde, Bund-Verlag 1982
- 13 Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 29, Köln 1991, S. 67
- 14 F. Neumann: Behemoth, Fischer 1988 (Neuauflage)
- 15 R. Rothermund: Verkehrte Utopien, Verlag Neue Kritik 1980, S. 14 - 93
- 16 Das fünfhundertjährige Reich, Medico 1990, S. 90 - 111 und Autonomie 14, S. 246
- 17 Krisis 11, S. 162 (1991)
- 18 K.H.Roth: Die andere Arbeiterbewegung, Trikont 1977, S. 55 - 81
- 19 C.v.Werlhof, V. Bennhold-Thomsen, M. Mies: Frauen, die letzte Kolonie, Rowohlt 1988, S. 142



Köln, 27.11.

Besetztes Haus in Köln geräumt

Heute morgen um 9.45 haben die Bullen das am vorigen Freitag besetzte Franz-Rheinbergerzentrum geräumt.

Das Zentrum befand sich in Köln-Ehrenfeld, deshalb benannten wir es nach Franz Rheinberger, einer der Edelweißpiraten, die in dem Viertel gegen die Nazis gekämpft haben. Er ist mit 6 anderen 1944 öffentlich in Ehrenfeld gehängt worden.

So, bevor wir euch jetzt schreiben, was wir in den letzten 5 Tagen gemacht haben in den Zentrum, grüßen wir alle, die uns unterstützt haben, uns Grüße geschickt haben und Soliaktionen gemacht haben. Als da wären: Wuppertal, Düsseldorf, Regensburg, Konstanz, der Hafen, Aachen, Braunschweig, Nürnberg, Duisburg, Oberhausen, Göttingen, Bochum und besonders die Leute aus Bonn, Wiesbaden, Frankfurt und Mainz, die bei sich in der Stadt Aktionen bei Aldi gemacht haben. Und auch alle die da waren und uns besucht haben (von Koblenz über Düsseldorf nach Eitorf).

Falls welche was gemacht haben, oder noch was machen - schreibt es uns.

Ein Jahr nach der Räumung des AZ Weißhausstr. waren wir wieder soweit uns ein neues Zentrum zu nehmen. Und es war total gut.

Wir waren richtig überrascht, wieviel Leute uns unterstützt haben, sich eingeklinkt haben oder einfach mal vorbei kamen. Wir waren auch darauf aus, die BVesetzung mit vielen unterschiedlichen Gruppen anzugehen.

So haben türkische und iranische Gruppen mitgemacht, die freie Schule Köln hatte Interesse an Räumen, eine Sportgruppe, Leute, die Konzerte Cafe, Kneipe, Volksküche, Veranstaltungen organisieren wollten.

Weiterhin hatten wir vor, einen Bauspielplatz einzurichten, eine Fahrrad- und Holzwerkstatt aufzubauen und was mit Videos und Theater zu machen.

Zum Wohnen gab es auch genug Platz in der ehemaligen Glasfabrik - kurz wir waren begeistert!

Das hört sich jetzt vielleicht was dick an, aber in den ersten 5 Tagen lief es auch gut an.

Es gab jeden Tag internationale Volksküche (vegetarisch), Kneipe war offen, einen Videoabend, Konzerte,...

Aldi, der Besitzer des Geländes, bzw. sein Immobilienverwalter hatte uns zugesichert, daß bis Montag nicht geräumt werden würde (Also bis zum 2.12. nicht). Und das dann Gespräche stattfinden sollten. Das ist so nicht gelaufen, damit haben wir zwar gerechnet, aber sie müssen nun auch mit uns rechnen. Die Bullen hatten wohl auch verstärktes Interesse an einer Räumung. Das Totschweigen in der Presse spricht dafür. Bis auf eine kurze Notiz und einen kurzen Hetzartikel, von wegen, wir würden den Nachbarn Angst machen, kam nichts in der Presse.

Es ist uns klar, daß sie mit der Räumung-verhindern wollten, daß wir unser Vorhaben verwirklichen, noch mehr Kontakte zu Gruppen, Einzelnen und Leuten aus dem Viertel kriegen.

Bei der Räumung wurden 35 Leute festgenommen, ein Teil der Gebäude wurde direkt abgerissen, der Rest zerstört, wohl um eine Wiederbesetzung zu verhindern. Aldi will auf dem Gelände ein Zentrallager errichten, die Stadt ist aber dagegen und so wird der demolierte geräumte Rest wohl dei nächsten Jahre vor sich hin rotten.

Nach Feststellung der Personalien und Durchsuchung wurden wir wieder freigelassen.

Heute Abend gibt es erst mal eine Demo im Viertel. Außerdem wollen wir an die Tradition der langen Samstags-Demos anknüpfen, die wir schon im letzten Jahr gemacht hatten nach der Räumung der Weißhaus und erhoffen uns davon einen Beitrag zum Weihnachtsgeschäft machen zu können. Wir denken, wenn wir weiterhin Druck ausüben, und nicht locker lassen, werden wir ein Zentrum durchsetzen können. Und das nicht nur in Köln!

Wir werden uns noch mal melden und euch rüberbringen, wie es hier weitergegangen ist. In diesem Sinne - Aldi ist überall - Power to the People!!!

Franz-Rheinberger-Zentrum

Am 8. Juli 1991 wurde in Hannover das Spiegel-Büro besetzt, um der Medienhetze gegen die Gefangenen aus der RAF öffentlich entgegenzutreten. Es wurde eine Erklärung per Fax-Gerät verbreitet. Parallel dazu fand vor dem Gebäude, auf dem Kröpcke (dem zentralen Platz in der Fußgängerzone Hannovers) eine Transparent- und Flugblattaktion statt. Von 16 Personen wurden im Treppenhaus des Gebäudes die Personalien festgesetzt. Ende Juli erhielten diese 16 zweimalige Vorladungen vom LKA Niedersachsen "wegen des Verdachts eines Vergehens nach §129a (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung)" und zusätzlich wegen Körperverletzung, Hausfriedensbruch und Nötigung.

Am 31. Oktober fand dann eine Hausdurchsuchung bei 2 Leuten in einer 2-Zimmer-Wohnung statt. Es gab 2 Durchsuchungsbeschlüsse nach §129a: einen vom 7.10. gegen eine Person, die aufgrund von Bullenaussagen verdächtigt wird, an der Flugblatt- und Transparentaktion beteiligt gewesen zu sein und einen Beschluss vom 10.10. gegen eine Person, deren Personalien im Spiegel-Gebäude festgestellt wurden.

Nach der Durchsuchung, bei der nichts mitgenommen wurde, wurden die Beiden erkanntungs-dienstlich mißhandelt (Fotos, Fingerabdrücke, Freimachen der Unterarme und des Bauches). Mit der Durchsuchung gegen die Beiden ist klar, daß die Generalstaatsanwaltschaft in Celle gegen mindestens eine weitere Person ein Ermittlungsverfahren nach §129a eingeleitet hat, d.h. SIE SUCHEN DIE LEUTE, DIE DIE FLUGBLATT- UND TRANSPARENT-AKTION GEMACHT HABEN.

MITTLERWEILE WISSEN WIR, DAB DIE GENERALSTAATSANWALTSCHAFT BIS ENDE DIESEN JAHRES ANKLAGE ERHEBEN WIL UND DEN PROZESSBE-GINN FÜR OSTERN 1992 PLANT.

Der von der Staatsanwaltschaft geforderte Schritt ist ein weiterer Schritt zur Kriminalisierung der Zusammenlegungsforderung. Das Verfahren gegen uns ist deshalb nur im bundesweiten Zusammenhang zu begreifen:

- Medienhetze und Terror gegen die AnwaltInnen
- §129a-Verfahren in Nürnberg wegen der Forderung nach Zusammenlegung
- Verbot auf dem Knastcamp in Aichach/Bayern, die Zusammenlegungsforderung zu nennen
- erneute §129a-Verfahren gegen das Angehörigen-Info
- lokale Pressehetze gegen das AJZ Bielefeld nach der dortigen Knastkundgebung, Streichung der städtischen Gelder, Razzia und 10 §129a-Verfahren.
- Kampagne gegen die Hafenstraße.

Darüberhinaus wird der §129a in den Durchsuchungsbeschlüssen auch mit der Textpassage: "Eine politische Situation, in die auch die Aktionen der RAF gegen Herrhausen, Neusel und Rohwedder politisch interpretierten ..." aus der Besetzungserklärung begründet. Damit wird die bloße Erwähnung der Politik der RAF kriminalisiert, mit dem Ziel, die öffentliche Auseinandersetzung darüber unmöglich zu machen. Zugleich ist die Kriminalisierung dieser Textpassage ein Konstrukt, um unsere Aktion und ihr Ziel: das Durchbrechen der Medienhetze und die Forderung der Zusammenlegung mit dem §129a zu überziehen.

Bei der Vielzahl der Beschuldigten, die AnwaltInnen nehmen müssen (vor dem Oberlandesgericht müssen alle eine/n AnwaltIn haben, wegen des Verbotes der Mehrfachvertretung alle ein/e eigene/n, also 17), brauchen wir viel Geld.

Spendenkonto:
Stichwort "Spiegel"
Konto: Wilms
Konto-Nr.: 320 181 18
BLZ 250 501 80
Stadtsparkasse Hannover

Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF un Widerstand und aller Gefangenen, die die Zusammenlegung fordern - keine Kriminalisierung der Zusammenlegungsforderung !
Freilassung aller haftunfähigen Gefangenen - freie Arztwahl und medizinische Versorgung im Knast !

Schluß mit den Schreib- und Besuchsverboten -
Schluß mit der Zensur durch BAW und Knastleitung -
für freie politische Information und Kommunikation untereinander und mit draußen !
Sofortige Einstellung aller Ermittlungsverfahren gegen die "Spiegel"-Büro-BesetzerInnen !
Einstellung aller §129a-Verfahren !

KNASTKONTAKTE...KNASTKONTAKTE...KNASTONTAKTE...KNASTKONTAKT

an alle, die kontakte haben zu genossinnen und genossen aus dem trikont, die in die brd kommen

liebe leute,

etliche gefangene aus der raf und dem widerstand haben interesse an besuchen von leuten aus basis- und befreiungsbewegungen aus dem trikont.

im sommer dieses jahres gab es schon mehrere besuche bei den gefangenen, zum beispiel von puertoricanischen genossinnen und genossen, von dhoruba aus den usa, von tupamaros aus uruguay und einer genossin aus brasilien. die erfahrungen bei diesen besuchen waren gut und haben dazu beigetragen, direkte beziehungen zu entwickeln, sich gegenseitig kennenzulernen, zu verständigen und gedanken zur situation auszutauschen.

im zusammenhang mit der kampagne "500 jahre kolonialismus und widerstand" werden jetzt wieder viele reisen, besuche von mneschen aus dem trikont, vor allem aus lateinamerika, hierher stattfinden. wenn ihr kontakte habt, besuche bekommt, reisen vorbereitet..., übermittle bitte den leuten das interesse der gefangenen an besuchen. und gebt uns so bald wie möglich rückmeldung, damit wir die besuche organisieren und vielleicht ein gespräch vorher führen können. die gefangenen müssen vorher besuchsanträge stellen. dafür müssen wir wissen, zu welcher zeit ein besuch möglich ist, und wir brauchen den oder die namen (die besuche können in manchen knästen auch zu zweit gemacht werden), und eine adresse hier in der brd, an die die besuchsgenehmigungen geschickt werden kann. ausserdem müssen wir die sprache(n) wissen, die die besucherinnen oder besucher sprechen, um, wenn nötig, für dolmetscher zu sorgen.

richtet bitte rückmeldung an:

gisela dutzi
bei klump
allerheiligenstr.25
6 frankfurt

tel. 7073588

oder waltraud liewald
ingoldstädterstr.25
6 frankfurt

tel. 4950294

Solidarische grüße !
wu
gisel + waltraud

REPRESSION IN GRIECHENLAND

18.11.1991

Der Beginn der jüngsten Repressionswelle liegt fast drei Wochen zurück, als StudentInnen und SchülerInnen in einer Demo gegen die neuen Bildungsgesetze vor das Athener Parlament und das Bildungsministerium gezogen waren. Diese Demo wurde innerhalb kurzer Zeit vom MAT, einer Spezialeinheit der Bullen angegriffen und zerschlagen. Ca 60 Leute zogen sich im Verlaufe der Straßenkämpfe in die nahegelegene polytechnische Universität zurück, in die die Bullen ohne eine ausdrückliche Genehmigung des Rektors normalerweise nicht eindringen dürfen. Noch während die BesetzerInnen des des Politechnio mit Professoren und Rektor verhandelten, umstellten Bullen das Gebäude und beschossen es massiv mit Tränengas. Auch eine größere Gruppe von Faschisten hatte sich im Laufe des Abends und der Nacht um die Uni versammelt.

Gegen vier Uhr morgens begann ein Teil des Politechnio zu brennen, was die Bullen zum Anlaß nahmen, die Uni zu stürmen und bei der Aktion drinnen und draußen insgesamt 32 Leute zu verhaften.. Bis heute ist wegen des Brandes keine Anzeige eingegangen, obwohl in Griechenland, wie auch hier in den Medien die offizielle Version die ist, die BesetzerInnen hätten die Uni selbst in Brand gesteckt.

Den 32 wurde in Schnellgerichtsverfahren der Prozeß gemacht, wobei fünf Leute Knaststrafen von 5-8 Jahren erhielten, 13 bekamen 2-3 Jahre, ein Teil Geldstrafen und sechs wurden freigesprochen.

Alle Eingeknasteten wurden in berüchtigte Knäste außerhalb Athens verlegt, zumindest die vier Männer mit den höchsten Haftstrafen sind in Isolationshaft.

Als am Samstag, dem 2. November, wiederum GenossInnen auf die Straße gingen, um die Desinformationskampagne des Staates im Fall der Besetzung zu durchbrechen, nahmen die Bullen in einer vorbereiteten Aktion 33 Leute beim Plakatieren fest. Sie wurden für mehr als 24 Stunden völlig von AnwältInnen, Angehörigen und FreundInnen abgeschottet und mindestens fünfzehn von Ihnen im Bullenpräsidium systematisch zusammengeschlagen und gefoltert. Zwei der Männer wurden an den Füßen aus dem Fenster eines oberen Stockwerks gehängt, um ihre Aussagen zu erpressen.

Nach einem neuntägigen Hungerstreik gegen Isohaft, Kontaktsperre und Folter wurden alle 33 zu sechs Monaten Knast auf Bewährung verurteilt. Vier von sechs Anklagepunkten, u.a. "Verunglimpfung des griechischen Staates" wurden fallengelassen; übrig blieben "illegales Plakatieren" und bei einigen "Widerstand bei der Verhaftung".

Zwar sind die 33 am vergangenen Mittwoch, den 11.11., wieder rausgekommen, der Hungerstreik wurde jedoch wahrscheinlich von einem Teil der 18 anderen Eingeknasteten aufgenommen; genauere Informationen fehlen aber wegen der Kontaktsperre.

Einschätzung:

Das Politechnio ist nicht nur ein Symbol des Widerstands des griechischen Volkes gegen die Militärdiktatur in den Siebziger Jahren, als beim Sturm des Militärs auf die, von linken Gruppen und z.T. Parteien, besetzte Uni am 17. November 1973 hunderte

Repression in Griechenland

von Menschen ermordet wurden. Der Versuch 1991, nach monatelangen Schul- und Universitätsbesetzungen, mit einem der aktivsten Teile der Szene fertigzuwerden, steht stellvertretend für die Lösungsversuche der tiefen Krise des Landes durch die konservative Regierung der Nea Demokratia (ND) und die EG: Zwecks Schuldenregulierung zwingt die EG Griechenland ein umfassendes Privatisierungsprogramm auf, welches von ND um so lieber aufgegriffen wird, als sie dabei hoffen, einem großen Teil der ArbeiterInnen in den Staatsbetrieben die Basis für Organisation zu entziehen.

Einer der Programmpunkte ist die komplette Privatisierung der Universitäten und ihre Übernahme durch große Konzerne.

Gleichzeitig empfehlen die Mitgliedsstaaten, insbesondere die BRD, zur Durchsetzung des Wirtschaftsprogramms eine Angleichung der "Anti-Terror-Gesetze" an das EG-Niveau. Die Ähnlichkeit der Knastbedingungen oder der Einschränkung der Pressefreiheit im Falle des Abdrucks von Erklärungen, z.B. des "17. November", in Griechenland mit den Kontaktsperregesetzen oder dem § 129a des großen Bruders BRD, sind weder zufällig noch unbeabsichtigt.

Die griechische Regierung selbst versucht im Umgang mit den Athener AnarchistInnen auszutesten, wie weit die politische Akzeptanz ihrer Methoden in der Gesellschaft momentan reicht. Sollte sie damit durchkommen, werden die nächsten Angriffe nicht mehr nur SchülerInnen, StudentInnen oder AnarchistInnen treffen, sondern die organisierten ArbeiterInnen der staatlichen Fabriken, deren Belegschaften sich seit Monaten gegen Ausverkäufe in den Bereichen öffentlicher Transport (incl. Fährlinien), Energie- und Metallwirtschaft mit Streiks und Besetzungen wehren: "Haben sie damit erst einmal

angefangen, werden sie bald Krieg gegen die ganze Gesellschaft führen." "Das erinnert uns an die Zeit der Militärdiktatur..."

Deshalb unterstützen wir die Forderungen der inhaftierten GenossInnen und ihrer UnterstützerInnen und verlangen von der griechischen Regierung:

SOFORTIGER STOP VON ISOLATIONSHAFT, KONTAKTSPERRE UND

FOLTER!!!

EINSTELLUNG ALLER VERFAHREN UND SOFORTIGE BEDINGUNGSLOSE

FREILASSUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN !!!

HÄNDE WEG VON DEN BESETZTEN HÄUSERN, SCHULEN, UNIVERSITÄTEN UND FABRIKEN !!!

STOP DER VERFOLGUNG LINKER JOURNALISTINNEN !!!

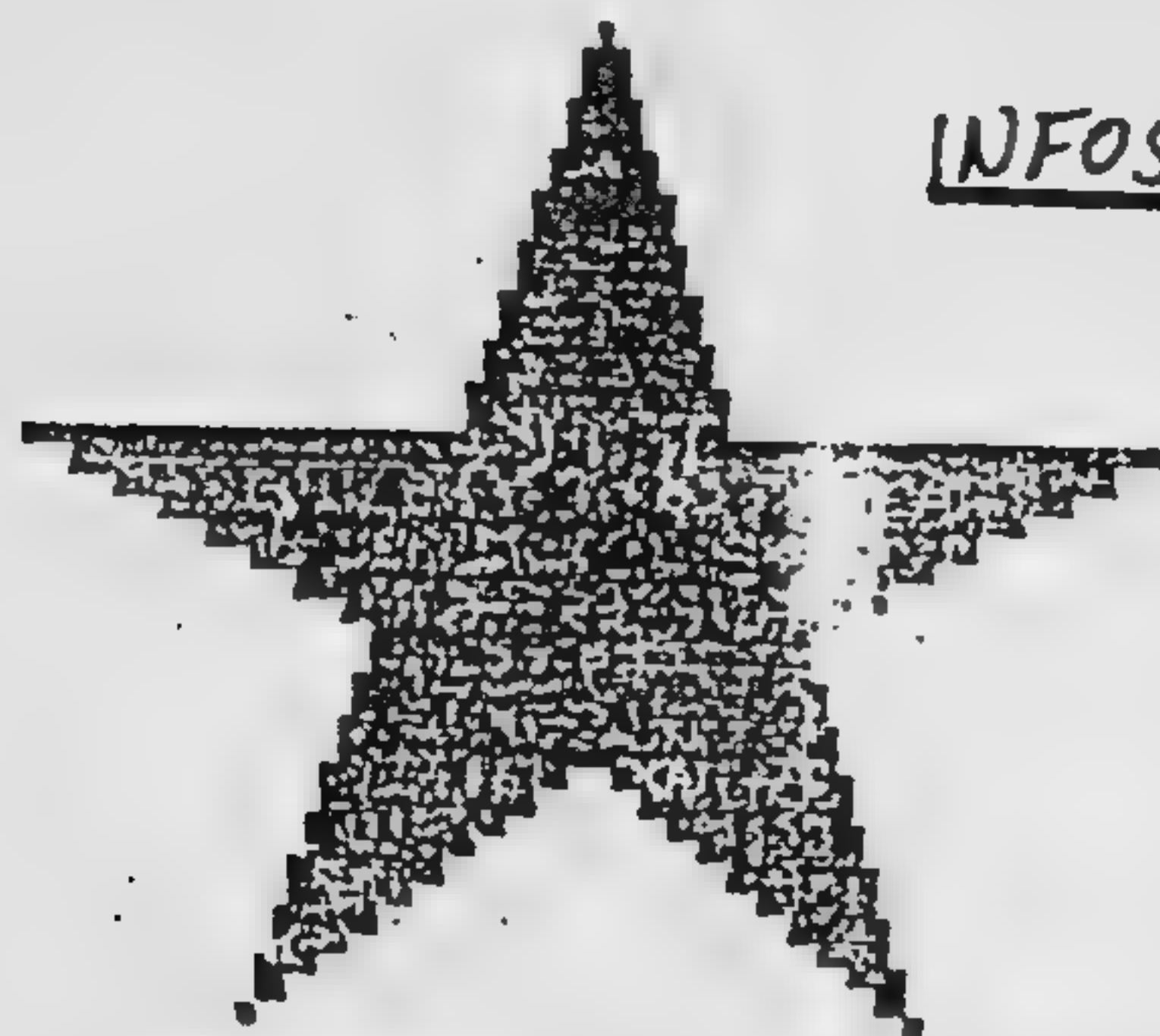
SCHLUSS MIT DER ANGLEICHUNG AN DIE EG-REPRESSIONS-NORMEN !!!

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT !!!

In der nächsten Woche planen die GenossInnen verschiedene Aktionen in Athen wie z. B.: Montag eine Frauendemo, Dienstag eine StudentInnendemo und Donnerstag eine Demo eines größeren Spektrums linker Gruppen in Griechenland mit der Forderung der unmittelbaren Freilassung aller 60 gefangenen GenossInnen und gegen den Faschismus des griechischen Staates.

Für weitere Infos in den nächsten Tagen kontaktiert das Telefon von Spinnennetz 06131/235550, Hintere Bleiche 20, 6500 Mainz.

Protestbriefe gegen die Haftbedingungen und für die Unterstützung der Forderungen der griechischen GenossInnen an das griech. Justizministerium:
Greek Ministry of Justice, 1 Katehaki St., Psychico - 1055 Athens Greece



INFOS AUS MOSKAU:

НИКАКОЙ ВЛАСТИ НИКОМУ!

ЧЕРНАЯ ЗВЕЗДА

ГАЗЕТА ИНИЦИАТИВЫ РЕВОЛЮЦИОННЫХ
АНАРХИСТОВ N2 1991 год.

★BLACK STAR★ETOILE NOIRE★SCHWARZER STERN★



Liebe Freundinnen,

die Initiative der Revolutionären AnarchistInnen (IREAN) grüßt Euch!
Unsere Gruppe wurde im März '91 in Moskau gegründet. Einige Mitglieder nahmen früher an der "Konföderation der Anarcho-Syndikalisten" (KAS) teil, verließen sie aber (Grund: Unzufriedenheit mit deren marktwirtschaftlichen Konzepten bzw. zentralistischen Beschlußformen), oder wurden wegen Aktivismus ausgeschlossen. Andere waren in den anderen linkradikalen Gruppen oder unorganisiert. Heute haben wir Mitglieder und Anhänger in einigen Städten der "Sowjet"-Union, darunter in Moskau, Petrograd u.a. IREAN ist eine Organisation, die für einen libertären (anarchistischen) Kommunismus eintritt. Daß heißt, daß wir die Konzepte eines "staatslosen marktwirtschaftlichen Sozialismus" von KAS ablehnen und in der Tradition von Kropotkin, Malatesta, Rocker, IRR u.a. libertären Kommunistinnen stehen.

Wir beschäftigen uns vor allem mit den Propaganda- und direkten Aktionen in verschiedensten Bereichen.

Wir haben (mit)organisiert (teilweise zusammen mit den anderen anarchistischen und linkradikalen Gruppen):

- Pickets gegen Preiserhöhungen (März 91)
- "Orangeaktion" gegen Jelzin-Verehrung - Unterschriftensammlung für dessen Koronation zum Zaren und Heiligen. Einige Teilnehmer wurden dabei von der Polizei verhaftet, vier zu erheblichen Geldstrafen verurteilt (1. April)
- "Orangeaktion" vor der Moskauer Universität gegen Staatsstreichwahn (Ende April)
- Teilnahme an der alternativen linken 1.Mai-Demo in Moskau und Samara. In Moskau wurden die Demonstranten von Polizisten ohne Uniform angegriffen.
- Teilnahme an der Protestbelagerung des AKWs in Nischni Nowgorod (Mai 91)
- Pickets vor dem Moskauer Stadtparlament für den Boykott der russischen Präsidentschaftswahlen: "Wahlen ändern nichts, sonst wären sie verboten!", "Alle Kandidaten sind gleich", "Unsere Alternative heißt Selbstverwaltung" u.a. Parolen (Juni 91)
- Angriff gegen Vivarium (gegen Tierexperimente) in Moskau (Juni 91)
- Teilnahme an dem ökologischen Protestlager in Zaporozhje: Schornstein eines Koks-Chemie-Kombinats und das Büro des Kombinats zeitweise besetzt, zwei krebserregende Abteilungen wurden endlich geschlossen (Juli - August)
- Während des Schein-Putsches: Flugblätter für Generalstreik mit den Besetzungen der Fabriken und deren Übernahme durch die Belegschaften: weder Jelzin / Gorbatschow noch Junta, sondern Selbstverwaltung des Volkes (August 91)
- Flugblätter gegen Militärdienst (Sept. 91)
- Solidaritätsaktionen mit zwei jungen Anarchisten, die wegen Anti-Polizei-Widerstand vor Gericht gestellt wurden (Sept. - Okt.)
- Anti-Mac Donalds-Aktion in Moskau (Okt. 91)
- Teilnahme an der alternativen (linkradikalen - weder stalinistischen noch bürgerlichen) 7. November-Demonstration in Moskau: zweimal Durchbruch der Polizeilinen zum Roten Platz, Anti-Regierungskundgebung am "Stirnplatz" (Erhöhung am Roten Platz, wo im 17. Jahrhundert der berühmte Führer der aufständischen Bauern, Stephan Rasin, hingerichtet wurde), ca. 1,5 Tausend TeilnehmerInnen, die Presse schweigt selbstverständlich
- Aktionen gegen Liberalisierung der Preise und Privatisierungen im Zentrum Moskaus (Okt. - Nov.)
- Demonstration zum Gedächtnis von Machno (Nov. 91)

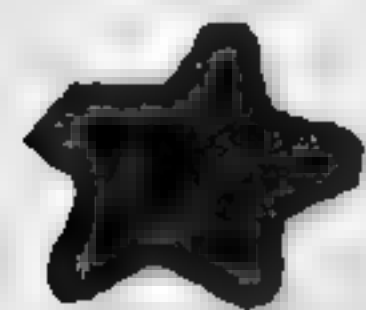


Wir möchten uns auch mit einer syndikalistischen Propaganda-Arbeit beschäftigen, diese ist aber erschwert durch das Fehlen einer unabhängigen Klassenbewegung der ArbeiterInnen (zumindest in Moskau).

IREAN gibt die Zeitung "Schwarzer Stern" heraus.

Eine der Aufgaben von IREAN bleibt die Vereinigung des stark zersplitterten linksrevolutionären Flügels in der libertären Bewegung hierzulande. Dazu initiieren wir zusammen mit den Gruppen der "Anarcho-Kommunistischen Revolutionären Union" u.a. Gruppen eine Vereinigungskonferenz der der Befürworter des libertären Kommunismus, um eine Föderation zu bilden (vermutlich im Januar 92).

Moskau, November 1991



Die "Initiationsgruppe der Revolutionären Anarchisten" (IREAN) vereint Leute, die nach einer völligen Befreiung der Persönlichkeit des Menschen von jeglichem Diktat von außen und von jeglichem totalitären Zwang, nach einer Abschaffung jeglicher Ausbeutung und Herrschaft des Menschen an der Natur und an anderen Menschen streben.

Unser Ziel ist die libertäre kommunistische (kommunäre) Gesellschaft, eine Förderung freier, selbstverwalteter Kommunen, Produktions-, und funktionaler Assoziationen, die auf freies Abkommen und gegenseitige Hilfe gegründet sind. Nur ein solcher sozialer Aufbau kann die Freiheit und die Selbstbestimmung des Menschen gewährleisten, sowie ein freies Leben nach dem Prinzip: Jede/r nach ihren/seinen Fähigkeiten – Jedem nach seinen Bedürfnissen.

Zu diesem Zweck haben wir es für notwendig, zum gesellschaftlichen Besitz aller Reichtümer überzugehen, das Eigentum zu vernichten, den Staat mit allen seinen Institutionen, Organen, Gesetzen, Steuern, Polizeien und Armeen zu zerstören. Eine solche grundlegende soziale Revolution kann nicht von oben verwirklicht werden, mittels einer gewaltsamen oder friedlichen Machtergreifung, Parlaments- oder Regierungsbeschlüssen, weil das Ergebnis eines solchen Umsturzes nur ein Ersatz der einen Herrschaftsform durch eine andere sein würde. Nur die Selbstorganisation der Massen in der Arbeit (Produktion) und in der Freizeit, parallel zur existierenden Ausbeutungsgesellschaft und zum Staat und in einem Kampf mit ihnen, ist der Weg zur Befreiung des Menschen.

Wir erklären zu unseren Prinzipien Antistatlichkeit, Antikapitalismus, Antimilitarismus und Internationalismus. Das bedeutet eine entschiedene Absage an Staat und Staatlichkeit, eine unversöhnliche Opposition gegen alle seine Organe und Institutionen. Wir lehnen das staatskapitalistische System mit seiner bürokratisch-zentralistischen Führung, seinem Diktat und seiner Planung von oben ab. Aber gleichermaßen sind wir gegen die Unterordnung des Menschen den äußeren, ökonomischen Markt "gesetzt" gegenüber, gegen den Privatkapitalismus und gegen das Privatunternehmertum. Alles muß allen gehören. Lohnarbeit jeder Art muß abgeschafft werden. Wir streben auch nach einer Abschaffung des Werkzeuges und unbedingten Gefährten der Staats- und Kapitalherrschaft – des Krieges. Wir lehnen die Grenzen und den Nationalismus als eine Ideologie der modernen Staaten und der herrschenden Klassen ab und streben nach der zukünftigen Errichtung einer Weltföderation der autonomen libertären Kommunen.

Als Realisierungsmethoden unserer Ziele betrachten wir die Selbstorganisation und die direkte Aktion, d. h. Schaffung der territorialen (in den Wohnblocks, Wohnvierteln, Stadtbezirken, Städten usw.) und der betrieblichen (syndikalistischen) Selbstverwaltung des Volkes, die Übernahme der Fabriken und Betriebe durch die Werkstätten, der Häuser durch die Einwohner und Obdachlosen. Weiterhin Boykotts und Sabotageaktionen, Streiks bis hin zum aktiven generellen Okkupationsstreik, der Eigentum und Staat zerstören und das gesamte gesellschaftliche Leben in die Hände der selbstverwalteten Kommunen und Assoziationen übergeben muß.

Die Funktion der IREAN besteht nicht in einer Führung dieser Volksbewegungen, sondern darin, zur Selbstorganisation der Menschen beizutragen, ihre revolutionäre Stimmung und ihren Kampfegeist zu unterstützen. Zu diesem Zweck organisieren wir symbolische direkte Aktionen und führen eine Propaganda-Arbeit.

IREAN, die die zentralistischen Organisationsformen ablehnt, beansprucht keine Führung der libertären Bewegung hierzulande. Wir rufen alle anarchistischen Gruppen und Individuen zu einer Zusammenarbeit für die Gründung einer Förderung der Revolutionären Anarchisten auf. Gleichzeitig beabsichtigen wir einen Kampf für die Geschlossenheit aller linksradikalen Kräfte zu führen, die sowohl eine statische, als auch eine privatkapitalistische Perspektive ablehnen und sich für eine selbstverwaltete Alternative aussprechen.

(Moskau, den 5. März 1991)

"Die Demokraten werden Gewalt anwenden müssen"

Interview mit Wladimir Damirow über die Situation in Rußland nach dem Putsch

Wie haben sowjetische Anarchisten den Putsch erlebt? Wie sieht die Lage nach dem Putsch aus? Was halten sie vom "Sieg der Demokratie"? Wie wird es aus Ihrer Sicht weitergehen? Die direkte Aktion hatte Gelegenheit mit Wladimir Damirow, einem Moskauer Historiker, Mitglied der Initiative Revolutionärer Anarchisten, IREAN, und sporadischer da-Mitarbeiter, zu sprechen. Das Interview wurde telefonisch am 19. September geführt.

? Wladimir, wie hast Du, wie hat Eure Gruppe den Putsch erlebt?

! Die meisten unserer Mitglieder waren während der Tage nicht in Moskau. Zusammen mit einem Freund kam ich am Tag vor dem Putsch aus Polen wieder. Wir beide waren die einzigen von unserer Gruppe, die während der Ereignisse anwesend waren. Ich selbst bin auch nicht zu den Barrikaden gegangen, weil ich der Meinung war, daß Anarchisten die Jelzin-Regierung nicht unterstützen sollten. Das betrifft natürlich auch alle anderen Regierungen. Aber Dima war auf den Barrikaden.

? Ich hörte, Ihr hättet den Putsch in Euren Erklärungen als inszeniert bezeichnet.

! Das stimmt. Die Meinung der meisten Linken hierzulande, nicht nur der Anarchisten, ist, daß der Putsch ein Scheinputsch war.

Ich persönlich vergleiche das ein bisschen mit Indonesien 1960, allerdings mit einigen Unterschieden. Dort fand damals als Antwort auf den Militärputsch sozusagen ein Konterputsch statt. In der Sowjetunion war es nicht so.

Ich vermute, daß die sowjetischen Putschisten ganz "ehrliche" Absichten hatten. Aber vielleicht hatten sie schon von vornherein mit Gorbatschow Absprachen getroffen, wahrscheinlich auch mit Jelzin. Es ist zum Beispiel bekannt, daß Ex-KGB-Chef Krjutschkow und Jelzin während des Putsches Verhandlungen führten. Außerdem ist bekannt, daß die Armee keinen Befehl hatte, mit Gewalt gegen die Demonstranten vom Weißen Haus (dem Sitz des russischen Präsidenten Jelzin; A.d.Red.) vorzugehen.

So, wie es bei uns war, macht man überhaupt keinen Putsch.

? Was habt Ihr während des Putsches getan?

! Wir haben Flugblätter verteilt, die allerdings nur in sehr geringer Auflage erschienen sind, weil uns nur ganz begrenzte Druckmöglichkeiten zur Verfügung stan-

den. Unsere Parole lautete: Generalstreik und Eroberung der Fabriken durch die Belegschaften als einzige Möglichkeit und Garantie, das Land und die Arbeiterklasse zu retten. Und wir warnten vor der Unterstützung Jelzins, weil der Diktator der Putschisten nur seine Diktatur folgt. Der Hauptgedanke war, daß dieser Machtkampf die Arbeiter nicht eigentlich betrifft. Betroffen dagegen sind sie von der Einschränkung der demokratischen Rechte, der Einschränkung des Streikrechts usw. Diese Begrenzungen müssen bekämpft werden. Die Flugblätter, die ich geklebt habe, wurden sehr schnell von Jelzinsten abgerissen, das konnte ich selber mitansehen.

? Was haben andere Anarchisten in diesen Tagen gemacht?

! Es gab zwei, drei Barrikaden, an denen Anarchisten waren. Jugendliche Anarchisten, Anarcho-Punks, Leute von der KAS, sogar aus Irkutsk waren einige gekommen. Diese Leute meinten, sie würden nicht Jelzin unterstützen, sondern für die Freiheit kämpfen.

? An die Stelle der Union ist ein großes Chaos getreten. Wie geht es jetzt weiter?

! Die Situation sieht folgendermaßen aus: In Rußland ist die Partei "Demokratisches Rußland" an der Macht. In Moskau weht überall die Zarentrikolore (blau-weiß-rot; A.d.Red.).

Aber die Meinungsverschiedenheiten in diesem Block "Demokratisches Rußland" beginnen schon jetzt. Es bilden sich verschiedenen Gruppierungen, die Machtkämpfe führen und um das Eigentum der kommunistischen Partei streiten.

Da ist zum Beispiel die "Bewegung für demokratische Reformen", die seinerzeit von Gorbatschow als Partei geplant und von Schewardnadse und Jakowlew (Ex-Berater von Gorbatschow; A.d.Red.) gegründet wurde. Die Bürgermeister von Moskau und Leningrad, Popow und Sobtschak sind auch in ihr Mitglied.

In dieser demokratischen Reformbewe-

gung wird jetzt klare Machtsicherung betrieben.

Dann gibt es natürlich Jelzins Gruppe mit Leuten wie Silajew, also den Leitern des Obersten Sowjets; es gibt eine kleine liberale Gruppierung, die jetzt erklärt, daß die alte Nomenklatura nur neue Macht erhalten hat.

Außerdem existiert noch eine Gruppe, die früher "Demokratische Partei der Kommunisten Rußlands" hieß, sich jetzt reorganisiert und sich wahrscheinlich "Partei Preles Rußland" nennen wird.

Alle diese Gruppen führen jetzt einen Machtkampf. Ich will nur ein Beispiel aus Moskau nennen. Der Bürgermeister Popow hatte das ehemalige ZK-Gebäude beschlagnahmt. Später ließ die russische Regierung bewaffnete Soldaten anrücken und nahm das Gebäude an sich.

Außerdem laufen zur Zeit viele Demonstrationen gegen Popow, organisiert von Teilen des "Demokratischen Rußland" in Zusammenarbeit mit der linkszentristischen Opposition, u. a. von der Sozialistischen Partei. Sie fordern die Einsetzung eines gewissen Komissarow als Moskauer Polizeipräsident, der seinerzeit vom Mossowjet (Moskauer Stadtparlament; A.d.Red.) für diesen Posten gewählt wurde. Popow akzeptierte ihn nicht; dagegen führen jetzt einige Deputierte einen Hungerstreik.

Die Kommunistische Partei ist völlig verschwunden. Es gibt Gerüchte über geheime ZK-Sitzungen, die ich aber nicht bestätigen kann. Vor dem Lenin-Museum stehen jetzt Kommunisten und protestieren. Ein Transparent trägt zum Beispiel die Aufschrift: "Dies ist unsere Kirche! Lenin ist unser Gott! Auch wir haben das Recht auf Religionsfreiheit!"

Also: In den nächsten Monaten wird ein heftiger Machtkampf stattfinden, parallel zum politischen Zerfall der Sowjetunion. Wirtschaftlich sieht es schon anders aus: Es gibt Gerüchte, daß die Preise im November erhöht werden sollen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß es zu neuen sozialen Unruhen kommen wird.

? Hat sich die Versorgungslage nach dem Putsch verbessert? Oder gibt es noch immer fast nichts zu kaufen?

! Die Versorgungslage ist noch schlechter als vor einem halben Jahr, als Du hier warst. Im Winter soll es noch schlechter werden.

Der erste soziale Protest gegen die sogenannte demokratische Macht erhob sich von Seiten der Moskauer Studenten, als die Preise in den Mensen stark erhöht wurden. Das war vor einigen Tagen. Die Studenten protestierten gegen den Rektor der Moskauer Gesellschaftswissenschaftlichen Universität Abramassjew, einer der führenden Köpfe der Demokraten.

Und gerade heute bekam ich eine Information, daß es heftige Proteste gegen die weitere Rationierung von Zucker gegeben habe und dagegen, daß der jetzt nur noch

auf dem Schwarzmarkt angeboten wird.

Die Krise beginnt, und die Demokraten werden keine andere Wahl haben, als mit Gewalt gegen sie vorzugehen.

? Wie geht es für die Anarchisten weiter? Werdet Ihr mit Euren Ideen eine größere Zahl von Menschen erreichen?

! In den nächsten Monaten bestimmt nicht. Zwei Hauptprobleme stellen sich: die Versorgungslage und das Problem der Privatisierung. Wir bereiten ein Flugblatt vor gegen die Privatisierung und für die Überführung der Fabriken in die Hände der Arbeiter. Wir stellen auch die Forderung nach Selbstverwaltung. Allerdings ist unsere Stimme sehr leise, denn wir können nur auf sehr eingeschränkte Propagandamöglichkeiten zurückgreifen.

Wir haben zwar wenig Kraft, aber ich kann mir vorstellen, daß die Verschlechterung der sozialen Lage die Suche nach Alternativen stimuliert. Eine unabhängige Arbeiterbewegung gibt es nicht. Deshalb ist es sehr schwer, auf diesem Gebiet etwas zu tun. Alles was wir machen können, ist Propaganda.

? Etwas ganz anderes: Von der KAS hört man nichts mehr. Hast Du Informationen über ihre Aktivitäten?

! In der KAS gibt es starke Zerfallstendenzen. Im Mai fand ein Kongreß statt, auf dem nur zwölf Stühle gegenüber 62 im Vorjahr vertreten waren.

Issajew (Mitglied der Moskauer KAS-Gruppe und Mitbegründer – A. d. Red.) erklärte, daß die syndikalistische Bewegung nicht ideologisiert sein dürfe und stattdessen versuchen müsse, in der Konföderation der Arbeit (Dachverband unabhängiger Gewerkschaften verschiedener politischer Ausrichtung; A. d. Red.) zu arbeiten.

Im Namen von KAS-KOR (Informationsagentur der KdA in Moskau, die Nachrichten aus der Arbeiterbewegung verbreitet; A.d.Red.) hat er zusammen mit den Sozialisten, den Führern der offiziellen Moskauer Gewerkschaften und dem Vorsitzenden des Mossowjet ein Dokument zur Gründung einer Labour Party unterzeichnet.

Ich hörte davon, daß einige KAS-Gruppen aus der Provinz nicht damit einverstanden sind, was in der Moskauer KAS-Gruppe läuft, und es soll angeblich einen Kongreß ohne diese Gruppe geben. Ansonsten arbeiten die einzelnen KAS-Gruppen vollkommen selbständig.

(Interview: ktb)

geklaut aus:
direkte aktion
Nr. 89/1991

AUFGESCHNAPPT

Unter der Überschrift "Morddrohungen liegen im Briefkasten", berichtete die taz am 6.12. (Inland) über die aktuelle Situation in Hoyerswerda.

- Der "Laden" (Kleinkunstzentrum im Wohnkomplex 5 c in der Hufelandstr.) hat wegen Naziangriffen, Einschüchterungen der BesucherInnen (Drohbriefe) und mangelnder Unterstützung von Seiten der Stadt aufgegeben und dichtgemacht.
- ca. 40 Menschen (zwischen 14 und 22 Jahren) haben eine Antifa-Gruppe gegründet.
- ca. 50 Menschen haben eine Bürgerinitiative gegen den Rechtsterror gegründet.
- Beide Gruppen und einige ParteivertreterInnen wollen am Samstag vor Weihnachten zu einer Demo gegen Ausländerfeindlichkeit in Hoyerswerda aufrufen. Mit einer Lichterkette wollen sie den aus Hoyerswerda vertriebenen Flüchtlingen gedenken.

Außerdem wollen sie sich gegen eine Ghettoisierung der Flüchtlinge in Arbeiterwohnheimen richten, denn im Januar sollen wieder Flüchtlinge in Hoyerswerda einquartiert werden.

DER STAAT GIBT DIE PAROLE RAUS; RECHTE BANDEN FÜHREN SIE AUS !

Wir haben in der Nacht vom 10.11. auf 11.11. bei AktivistInnen und FunktionärInnen von faschistischen und konservativen Organisationen und Parteien (s.U.) in Bremen Parolen an Häusern gesprüht und z.T. ihre Pkw's erheblich beschädigt.

Dazu:

Der offener werdende rassistische Terror in Wort und Tat in der BRD ist angeheizt und gewollt von staatlicher Seite. Mit diesem Interesse gehen faschistische Parteien und Organisationen wie DVU, REP's, NPD, NF etc. Hand in Hand. Sie sagen und machen deutlicher, was hier gesellschaftlicher Konsens sein soll: die aggressive Verteidigung deutschen Standards und Privilegien; "Werte" eines Staates, der europäische Großmacht ist und sich, unter anderem wegen der politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in Osteuropa, heute erneut innenpolitisch umstrukturiert.

Zunehmende soziale Konflikte sind im kapitalistischen System vorprogrammiert, wo die existenziellen Notwendigkeiten Karrierebewußtsein, Macht, Leistung, Sexismus Ellenbogengesellschaft und Besitz heißen. In der jetzigen Phase, in der Kapitalinvestitionen im Inland vermindert, der Abbau von Sozialleistungen vorangetrieben wird, sind mittels rassistischer Gesellschaftsideologie die "Sündenböcke/ziegen" schnell gefunden: Frauen und Männer aus dem Trikont und nicht-gesellschaftskonform denkende/handelnde Menschen.

Rassistische Gewalt bzw. die Anstiftung dazu, geht vor allem von deutschen Männern der Mittelschicht aus, einer Generation, die nicht gegen wirtschaftliche und soziale Unsicherheit antritt, sondern die die Träger von Macht und Privilegien dieses Staates sind.

In Zeiten, in denen rassistische und faschistische Angriffe unter Inkaufnahme von Todesopfern bis hin zu bewußt geplanten Mordanschlägen stattfinden, kann es nicht mehr darum gehen, die Öffentlichkeit auf ein PROBLEM aufmerksam zu machen, das dazu noch allen, die es wissen wollen, hinreichend bekannt sein dürfte. Die Medien sind voll davon und sie vermitteln ein Bild von derart organisierten SchlägerInnentrupps, daß diesen nicht einmal mehr die Polizei begegnen könne. Aber nicht nur Teile dieser SchlägerInnentrupps, sondern auch ihre radikal-ideologischen Hintermänner und -frauen SIND BEKANNT.

Mit dieser Aktion sollte das Bild der Anonymität und Nichtangreifbarkeit von FaschistInnen entwirrt und gezeigt werden, daß es ganz konkreten Widerstand gegen sie geben kann. Als einen kleinen Erfolg verzeichnen wir in diesem Zusammenhang die Nichtantritte von 2 DVU-Beiratsabgeordneten in Walle und Huchting.

- DIE ANTIFASCHISTISCHE SELBSTHILFE ORGANISIEREN !
- ANTIFASCHISTISCHER KAMPF HEIßT KAMPF DEM IMPERIALISTISCHEN SYSTEM ! !
- DIE GRENZE VERLÄUFT NICHT ZWISCHEN DEN VÖLKERN, SONDERN ZWISCHEN OBEN UND UNTEN !

einige Bremer AntifaschistInnen

Beyer, Hans u. Ulrike,
Dietrichstr. 30,
Ford Fiesta, weiß, HB AE 770,
DVU-Aktivist, Beirat Walle

Schibblock, Thorsten,
Wätjenstr. 122,
Isuzu Gemini, grau HB JC 897,
NF-Führungskader



Jahnke, Kurt,
Heinrich Kaemena Weg 8
Toyota, braun HB KJ 229,
NPD u. DVU-Aktivist

Miodunski, Elisabeth,
Eislebenerstr. 21,
Polo, weiß, HB PU 396,
NPD u. DVU-Aktivistin,
Beirat Vahr

Schomburg-Friedrich und Frau,
Pastorenweg 150,
VW Passat Kombi HB HX 869,
NPD-AktivistInnen

Damann, Rainer,
Hastedter-Heerstr. 182,
Fiat Panda, weiß, HB C 461,
NPD u. JN-Aktivist

Lehman, Hans,
Hamburgerstr. 29,
Mercedes, silber HB RL 322.



Umstrittener Auftritt abgesagt
Protest gegen rassistische Texte von Type O Negative

Kein Konzert von Type O Negative: Der Auftritt der als faschistisch bezeichneten amerikanischen Death-Metal-Band im Ecstasy gestern abend wurde von der Tour-Leitung kurzfristig abgesagt. „Wir wurden von politisch engagierten Gruppen derart massiv bedroht, daß wir beim jetzigen Stand der Dinge kein Konzert veranstalten würden, sondern eine vorprogrammierte gewalttätige Auseinandersetzung.“

Autonome und antifaschistische Gruppen hatten in Flugblättern dazu aufgerufen, das Konzert „zu verhindern“, da die Band „rassistische, faschistische und sexistische“ Inhalte vertrete. Im Vorfeld des Auftritts waren dem Ecstasy die Scheiben eingeschmissen worden.

In einem Interview des Metal-Magazins Rock Hard hatte der Sänger der Band, Peter Steele erklärt, Aus-

länder kämen nach Amerika, kas-
tierten Sozialhilfe und lebten von
den Steuergeldern, „weil sie nicht
arbeiten wollen“. Wenn man der
Dritten Welt helfen wolle, so Steele
sollte man die Leute dort sterilisie-
ren.

Mit einer Pressekonferenz ver-
suchten Peter Steele selbst und „Ec-
stasy“-Betreiber Thomas Spindler
den Vorwürfen entgegenzutreten.
„Das Interview ist dumm“, gab
Spindler zu. „Aber Type O Negative
sind keine Nazis.“ Der Sänger er-
klärte, daß er kein Rassist und kein
Sexist, sondern lediglich aufgrund
seiner persönlichen Erfahrungen
ein Menschenfeind sei.

Neben dem Ecstasy-Konzert in
Berlin wurden auch Konzerte in
Hamburg und Essen aufgrund von
Protesten abgesagt. Holger Stark

ATOMKRAFT IST OUT

Zumindest in unseren Köpfen.

Nachdem die Tschernobyl-Aufregungs- und Aktivitäts-Welle abgeebbt ist, lockt dieses Thema inzwischen keinen Hund mehr hinter dem Ofen vor.

Schließlich werden keine neuen AKW's gebaut, wurde die WAA schon vor langer Zeit abgeblasen und Gorleben, was war nochmal in Gorleben, gibt's das überhaupt noch?

Wir haben genug damit zu tun, die Fascho's zu bekämpfen, Olympia 2000 zu verhindern, unsere Ausbildung zu beenden, unsere Beziehung aufzuarbeiten, unsere Kinder großzuziehen...

Wir lassen es doch glatt an uns vorüberziehen, daß ein neues Atomgesetz geplant ist, das als Referendum, Anfang des kommenden Jahres im Bundestag behandelt werden wird. Wer erinnert sich noch daran, daß gerade an diesem Thema vor 15 Jahren sich die Korruption des Kapitals, die großen Löcher der Demokratie, die Schweinereien des Patriarchats so wunderbar und konzentriert aufzeigen liessen? Wer hält heute noch die Atomkraft-Frage für den Knackpunkt des Systems?

Jetzt soll also mit dem geplanten Gesetz zum Beispiel ein Recht der Betreiber von AKW's auf Genehmigung desselben eingeführt werden, sollen gleichzeitig die Auslegungs- und Einwendungsfristen verkürzt werden, soll es einen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit in Fragen der "Sicherheit" geben usw.

Nun kann man über Klagen gegen AKW's als geeignete Widerstandsform geteilter Meinung sein aber Tatsache ist, daß die Hanauer Aufbereitungsanlage aufgrund von Klagen stillgelegt wurde, und die WAA nicht nur durch eifriges Bauzaun-Sägen sondern auch durch die Verzögerungstaktik vieler EinwenderInnen unbezahlbar gemacht wurde ...

Also, Leute, kümmert's uns denn wirklich nicht, wie plump dieses Beschleunigungs-gesetz das Gebiet der ehem. DDR zum Standort für neue AKW's machen soll, dort, wo das Thema Atomkraft noch keines ist, wo die Kräfte derer, die etwas tun wollen noch stärker als im Westen an existenzielle Fragen gebunden sind!?



Preisfrage: Wieviele AKW's gibt es in den sog. neuen Bundesländern, wo stehen sie und wie wird ihr Müll besorgt (entsorgt)?

Die Antwort gibt's z. B. auf dem Anti-Atomplenum, das von ein paar Unentwegten noch am Überleben gehalten wird und das sich zu diesem heißen Thema im neuen Jahr wieder zusammenfinden wird. Fragt nach! Tel.: 2616252

k.k.

TERMINE :

Do. 12.12.: jeden Do. 20.00 uhr plenum im Antirassistischen Zentrum
jeden Do. 10.00 uhr Volxküche im Krümel, Weserstr. 155, 1/44
18.00 nur für Frauen EL LOCCO, RU 486 die Abtreibungspille,
Info und Diskussionsveranstaltung
21.00 nur für Frauen EL LOCCO, Video "die Stille um Christine M.
21.00 Infoladen Daneben/Rigaerstr. 84, Aktuelles Video zu Knud und
Ralf, und "Sie würden uns gerne begraben"

Fr. 13.12.:

18.00 EL LOCCO, Film "Clement Moreau"
21.00 " Video "Zeit der Kirschen"
22.00 EA PARTY IM EX, 11 Jahre EA, **Nicht vergessen!!** die EA-Leute
befürchten, alleine zu tanzen!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!
Achtung: Fete in der Köpi zum AZ auf morgen verschoben

Sa. 14.12.:

18.00 EL LOCCO video "Zeit der Kirschen"
21.00 " Film "L'umin der Anarchist"
21.00 Infoladen Daneben film "Stranger than paradise"
22.00 FrauenLesben-Prozeßkostenfete im Syndikat, Weisestr. 53, 1/44
abends: Solifete für das Antirassistische Zentrum der TU in der
Köpenickerstr. 137

So. 15.12.:

18.00 EL LOCCO Film "L'umin der Anarchist"
21.00 " Film "Clement Moreau"

Mo. 16.12.:

jeden Mo. Treff im blauen Salon wg. Schutz v. Flüchtlingsheimen
21.00 X-B-Liebig, liebighstr. 34, Video "Knud und Ralf" und "xxx 23 Stunden"

Di. 17.12.:

21.00 Supermolli, Jessnerstr. 41, Video "Knud und Ralf" und "Sie würden
uns gerne im Knast begraben"
21.00 Infoladen Daneben Film "Der vergessene Widerstand"

Mi. 18.12.:

20.00 EL LOCCO Infos zu Basis radio Berlin

Do. 19.12.:

15.00 Papiertiger VS-Akteneinsicht Treffen
21.00 Infoladen Daneben video "Knud und Ralf" und "Die neue Kunst des
Strafens"
21.00 EL LOCCO Video Ginger & Fred

FrauenLesben-Frühstücksmatinee mit Filmen ab 12.00 (Welcher Tag??) in der
Volxküche Niederbarnimstr. 23

Do. 12. 12. 16.00 uhr Kundgebung am Rathaus Charlottenburg, Otto Suhr Allee
Stop den Zwangsverteilungen Solidarität mit dem Antirassistischen Zentrum

Bleiberecht für ALLE

AUFSTEH'N '92

52 Wochen Benefiz für Opfer von Rechtsterror

Als Folge der zunehmenden Alltäglichkeit von Übergriffen auf Flüchtlinge, Asylbewerber, AusländerInnen und Andersdenkende durch Rechtsextremisten und deren politischem Umfeld angehörende Gruppen werden breite Solidarität und Widerstand immer notwendiger. Wir wollen ein deutliches Signal setzen und mit unserer Aktion die Opfer der Anschläge von Rechtsextremisten unterstützen.

Unsere Idee einer kontinuierlichen Benefizreihe ist zum einen als Finanzquelle für Flüchtlings-, Ausländergruppen, Initiativen, etc. gedacht, zum anderen als Möglichkeit zur Darstellung deren Arbeit in der Öffentlichkeit. Während der einzelnen Veranstaltungen werden dem Publikum aktuelle Informationen, Entwicklungen zum Thema in Form von kurzen Redebeiträgen, Infoständen gegeben.

Unsere Arbeit ist in keinsten Weise gewinnorientiert. Sämtliche Einnahmen, abzüglich der anfallenden Kosten, werden den oben genannten Institutionen zugeführt.

Es ist ein Versuch, die kulturschaffenden und -fördernden Kräfte zu einer lustvollen, effektiven und gemeinsamen politischen Arbeit zu vernetzen. Ein Versuch, eine von verschiedenen Seiten (Künstler, Veranstalter, Initiativen ...) getragene Institution zu etablieren.

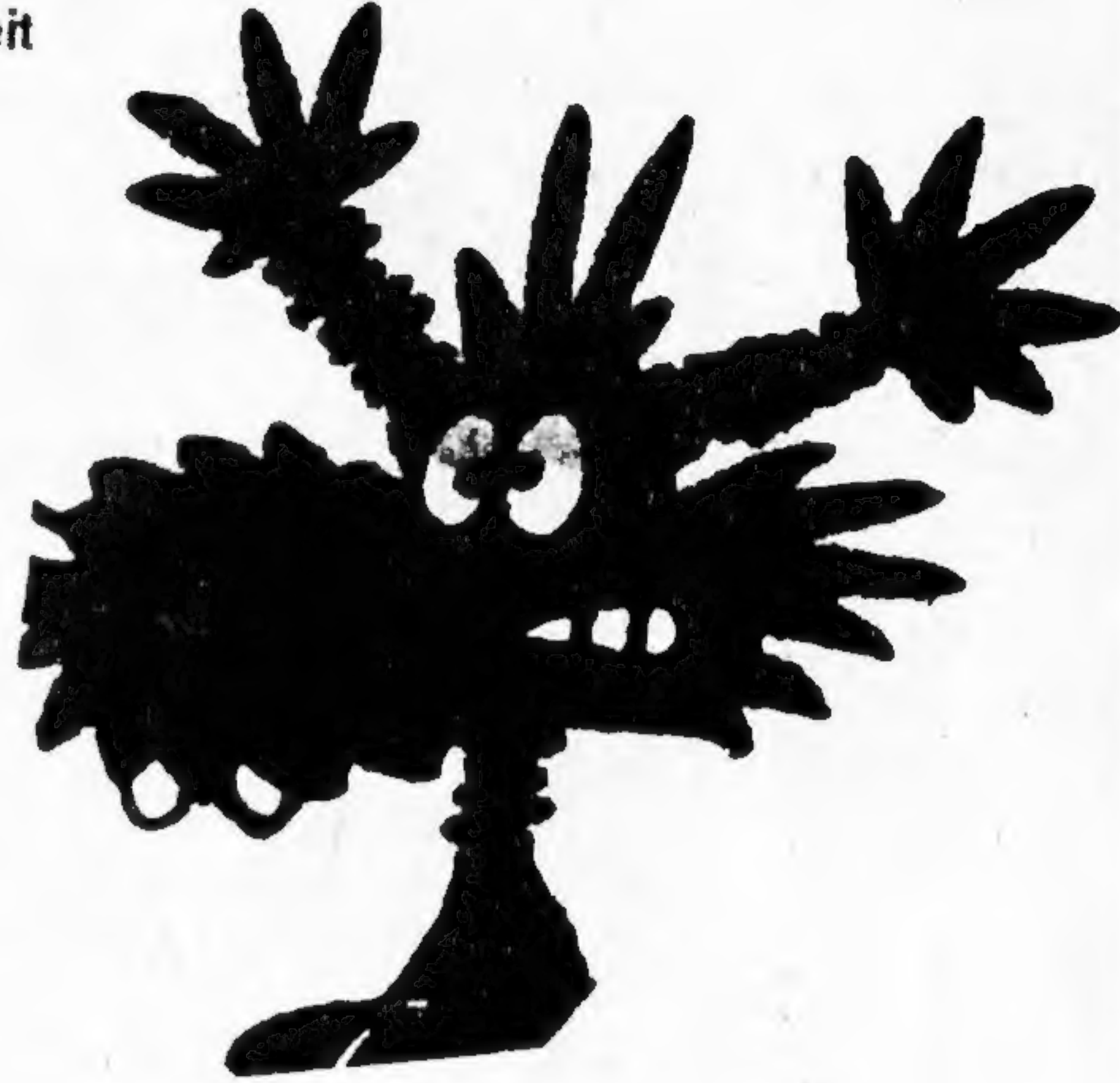
Unser Ziel ist es wöchentlich eine Veranstaltung unter dem Motto "AUFSTEH'N '92" zu organisieren. Viele gängige Veranstaltungsorte (Loft, Tacheles, Kulturhaus Treptow, K.O.B., Tempodrom, Passionskirche, Marthakirche, Knaack-Club, Insel der Jugend, Villa Kreuzberg u. a. m.), viele verschiedene Künstler und Bands haben auf eine erste Anfrage bereits positiv reagiert und ihre Bereitschaft zur Teilnahme bekundet.

Termin für die Auftaktveranstaltung der Benefizreihe ist der 31. 12. '91. Veranstaltungsort ist das K.O.B., Potsdamerstr. 157, 1/30.

Wir freuen uns auf eine gute und erfolgreiche Zusammenarbeit und hoffen, daß sich die Ursache unserer Aktion bald von selbst erledigt hat.

"STREUHAND"

Veranstaltungskunst
c/o SOS Rassismus
Kohlfurterstr. 44
W-1000 Berlin 36
Tel.: 030/6183554



"STREUHAND"
Veranstaltungskunst

Knud und Ralf sitzen seit dem 29.7. im Knast. Vier LKA-Bullen beschuldigen die beiden einer völlig absurden Tat. Sie wollen beobachtet haben, wie die beiden Gegenstände auf Bahngleise gelegt haben sollen.

Knud und Ralf sagen dazu:

"Den uns vorgeworfenen Anschlag haben wir nicht begangen. Aus unserer persönlichen und politischen Geschichte als Teil der radikalen Linken ist so ein Anschlag auch völlig ausgeschlossen."

Diese Staatsschutzklüge ist also ein weiterer Versuch, uns und unseren Widerstand zu brechen. Setzen wir uns aktiv für die sofortige Freilassung von Knud und Ralf ein!

VIOLENT GIRLS

WITH BIG

BOOTS



SMASH SEXISM!

Prozess
Hostenfete

14.12.91

IM SYNDIKAT

WEISE STR

1/44



21.09.

Geplant sind wöchentliche
Veranstaltungen an wechselnden
Orten, deren Erlös Gruppen wie SOS Rassismus,
Flüchtlingsrat, Antifa, u.d. zur Verfügung gestellt wird.

Wir suchen dringend

**BÄNDS,
KÜNSTLER/INNEN, HELFER/INNEN,**
Menschen, die nicht nur reden, sondern handeln wollen.

Kontakt:
Streuhand
030/ 618 35 54



Warte nicht bis sie Dir aufs Maul hauen!
Wehret den Anfängen!!!

AUFSTEHN

52 Wochen
für Benefiz
von Rechtsterror

**52 Wochen Benefiz
für Opfer von Rechtsterror**